

Zeitschrift für  
anwendungs-  
bezogene  
Wissenschaft  
und Kunst

# Die neue Hochschule

**Willi Gross:**  
„Ein kämpfe-  
rischer Verband“

**Hans Zangl:**  
„Endlich gleiches  
Recht für alle  
Absolventen“

**Lehrverpflichtung:**  
16 SWS sofort

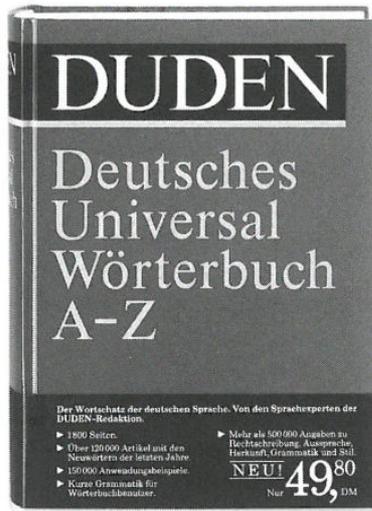
**Land  
Brandenburg:**  
FH-freundliches  
Hochschulgesetz

**Gerhard Comelli:**  
Kritische Betrach-  
tungen zur  
Vorlesungskritik

**Ludwig Gieseke:**  
Humboldt und  
die heutige  
Hochschule



# DIE GANZ UNIVERSELLEN SEITEN DER DEUTSCHEN SPRACHE



Ein Universalwörterbuch im besten Sinne des Wortes. Rund 120 000 Artikel mit ausführlichen Bedeutungsangaben, 150 000 Anwendungsbeispiele, eine kurze Grammatik für Wörterbuchbenutzer und mehr als eine halbe Million Angaben zu Rechtschreibung, Aussprache, Herkunft, Grammatik und Stil. Die Neuauflage des DUDEN-UNIVERSALWÖRTERBUCHS bietet das Wichtigste in einem Band.

## DUDEN

**Deutsches Universalwörterbuch**  
Der Wortschatz der deutschen Sprache

2., vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage 1989. Herausgegeben und bearbeitet vom Wissenschaftlichen Rat und den Mitarbeitern der DUDEN-Redaktion.

1816 Seiten, geb. 49,80 DM.

**DUDENVERLAG**  
Mannheim/Wien/Zürich

## Storch in Not!

In den ausgedehnten Waldgebieten dünnbesiedelter Naturräume auf dem Gebiet der ehemaligen DDR brütet der seltene Schwarzstorch.

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. unterstützt seit der Wende konkrete Umweltschutzprojekte und den Aufbau der Naturschutzverbände in den neuen Bundesländern.



Unterstützen Sie diese wichtige Arbeit durch eine Spende und fordern Sie unser Informationsblatt "Naturschutz im Osten Deutschlands" an.

Spendenkonto:

**7997**

Stadtparkasse  
Frankfurt  
(BLZ 500 501 02)

- Ich bitte um Zusendung des Informationsblattes. DM 1,50 in Briefmarken liegen bei.
- Ich unterstütze die Aktion durch eine Spende. Ein Scheck über DM \_\_\_\_\_ liegt bei.

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_ 04



**Deutsche Umwelthilfe**  
Güttinger Straße 19 · 7760 Radolfzell

**Herausgeber:** Professor Dipl.-Kfm. Günther Edler (G. E.), Büschgensstraße 24, 4050 Mönchengladbach 2, (021 66) 34 03 55

**Verantwortlich für Buchbesprechungen:** Prof. Dr. Rainer Walden, Rochusweg 1, 4795 Delbrück, (052 50) 75 19

**Redaktion:** Helmut Sendner

Resch Verlag GmbH, Postfach 12 60, 8032 Gräfelfing, (0 89) 8 58 07-41, Telefax (0 89) 8 58 07-62

**Anzeigenleitung:** Regina Krause, Telefon (0 89) 8 58 07-27

Band 32, Heft 4, August 1991

Die Beiträge dieses Heftes geben, soweit sie nicht ausdrücklich Äußerungen der Organe des Hochschullehrerbundes e. V. (Bundesvereinigung) oder von Landesverbänden des HLB erkennbar sind, die persönliche Meinung der Verfasser wieder und entsprechen daher nicht unbedingt der Auffassung des Herausgebers oder des Hochschullehrerbundes.

Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.

**Erscheinungsweise:** zweimonatlich

**Bezugspreise:** Jahresabonnement DM 75,-, Einzelheft DM 14,-

Bezugsaufträge für die DNH werden für ein Jahr abgeschlossen und laufen weiter, wenn sie nicht 6 Wochen vor Schluß der Laufzeit gekündigt werden.

Erfüllungs- und Zahlungsort Gräfelfing, Gerichtsstand München

**Druck:** Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5, 8000 München 40

#### Inhalt:

Willi Gross	
Bilanz nach vier Jahren	4
Hans Zangl	
Wege aus der Krise der Fachhochschulen	7
Hans-Wolfgang Waldeyer	
Das Brandenburgische Hochschulgesetz	9
Günther Edler	
Regellehrverpflichtung, Studierbarkeit und der Curricularnormwert	11
Gerhard Comelli	
Studentische Vorlesungskritik	12
Ludwig Gieseke	
Humboldt und die heutige Hochschule	14
Reinhard Schmidt	
Transformation einer Hochschule	16
Buchbesprechungen	18
Softwarehinweis	20
Informationen	21

#### Titelbild:

Den Hinweis auf das Denkmal in Köln, auf dem zu Füßen des Preußenkönigs Peter Christian Wilhelm Beuth (28. 12. 1781–27. 9. 1853) und Wilhelm Freiherr von Humboldt (22. 6. 1767–8. 4. 1835) sozusagen vereint auf die Hochschulwelt des 20. Jahrhunderts schauen, verdankt die DNH Herrn Dr. Ludwig Gieseke. Foto: Borowiak

#### Hochschullehrerbund e. V.

Rüngsdorfer Straße 4c, 5300 Bonn 2 (02 28) 35 22 71, Telefax (02 28) 35 45 12  
Geschäftsführer: Dr. Hubert Mücke

# DIE NEUE HOCHSCHULE

## Beigetreten

Der Wissenschaftsrat hat sein Urteil gefällt. Seine Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern, verabschiedet am 5. Juli, sind ein Urteil über die noch existierenden Hochschulen und Fachschulen des Beitrittsgebiets.

Diese Empfehlungen wiegen schwerer als üblich: Der Wissenschaftsrat war nach Artikel 38 (1) des Einigungsvertrages beauftragt, zur „notwendigen Erneuerung“ von öffentlich getragenen Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung gutachtlich tätig zu werden. Die neuen Länder und das Land Berlin sind zwar nicht verpflichtet, diesen Empfehlungen ohne Abstriche zu folgen, sie werden aber abzuwägen haben, ob Abweichungen größeren Stils bezahlbar sind. Der Bund als alleiniger Mitfinanzier des Erneuerungsprozesses wird über die Verwendung seines Geldes eine Mitsprache reklamieren.

Inhaltlich können die Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen nicht überraschen. Pflöcke für die künftige Entwicklung waren bereits durch vorausgegangene Empfehlungen gesetzt worden. Der wichtigste allgemeine Aspekt ist, daß der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen zur (Weiter-)Entwicklung der bestehenden Fachhochschulen in Westdeutschland in den neu zu errichtenden ostdeutschen von vornherein verwirklicht sehen möchte. Verfehlt wäre es, so der Wissenschaftsrat, in den neuen Ländern Fachhochschulen zu errichten, die in Gestalt und Struktur eine bloße Kopie der in den alten Ländern existierenden Fachhochschulen darstellen.

Diese Ouvertüre verheißt mehr als die Empfehlungen zur Struktur der Fachhochschulen in den neuen Ländern dann bringen:

- Die Bedingungen für eine Wahrnehmung von FuE-Aufgaben der an Fachhochschulen tätigen Professoren seien – verglichen mit den alten Ländern – zu verbessern,
- eine angemessene personelle Grundausrüstung auch mit Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter zur Durchführung von FuE-Projekten sei erforderlich; diese Mitarbeiter mit Hochschulabschluß sollten als wissenschaftliche Mitarbeiter nach § 53 HRG angesehen werden,
- die Lehrverpflichtung sei auf mittlere Sicht auf 16 SWS festzusetzen und ein Forschungspool in Höhe von etwa 7% vorzusehen, mit dessen Hilfe die Lehrverpflichtung einzelner Professoren bis auf 8 SWS reduziert werden könne,
- und schließlich sei die kooperative Promotionsmöglichkeit für besonders befähigte FH-Absolventen vorzusehen.

Das besondere institutionelle Gewicht der Empfehlungen steht in auffälligem Kontrast zu der durchgängigen Ablehnung bei den Betroffenen:

Weder die neuen Länder noch die Hochschulen, die ganz oder in Teilen Fachhochschulen werden sollen, werden die Empfehlungen begrüßen, von den vielen Fachschulen, die teilweise schon ohne Genehmigung durch die Obrigkeit mit der Einrichtung von FH-Studiengängen begonnen haben, ganz zu schweigen. Allenfalls dem wissenschaftlichen Personal der zu Fachhochschulen umzuwandelnden Spezialhochschulen wird eine Überleitung in Professorenämter in Aussicht gestellt; alles andere Personal kann sich lediglich um eine Stelle in der neu zu errichtenden Fachhochschule bewerben. Der Regelfall dürfte also die Entlassung sein.

Es hat sich schon frühzeitig abgezeichnet, daß der Wissenschaftsrat nicht viel auf die Wünsche und Hoffnungen der Menschen in den Hoch- und Fachschulen geben würde. Sicher ist, daß sich die Betroffenen die „Erneuerung“ anders vorgestellt haben. Der Beitrag des Rektors der Ingenieurhochschule Mittweida (in diesem Heft, auf Seite 16 f.) legt Zeugnis davon ab. Der Beginn für Fachhochschulen in den neuen Bundesländern – zwanzig Jahre nach ihren „Vorbildern“ in den alten Ländern – ist wenig verheißungsvoll. Schade, daß die allgemeine Um- und Aufbruchstimmung dort nicht genutzt werden konnte für den Aufbau neuartiger Hochschulen für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst. Strukturelle Schwächen meiden, kollektive Stärken nutzen, eine Aufbruchstimmung schaffen – das wäre eine realisierbare Aufgabe gewesen. So aber wurde eben beigetreten. In weiteren zehn Jahren werden wir wissen, wohin. (G. E.)

# Bilanz nach vier Jahren

**Bericht des Präsidenten des Hochschullehrerbundes  
anlässlich der Präsidiumssitzung des hlb am  
22./23. März 1991 in Fulda**

Der umfassende personelle Wechsel an der Spitze des Hochschullehrerbundes<sup>1</sup> rechtfertigt es, über den Bericht über die letzte zweijährige Amtsperiode hinaus einen Überblick über die Tätigkeitsschwerpunkte in den vergangenen vier Jahren zu geben. So hatte es auch mein Amtsvorgänger, Professor Dr. Helmut Groh gehalten, der nach achtjähriger Präsidentschaft einen umfassenden Tätigkeitsbericht gegeben hatte<sup>2</sup>.

## Überlast – Chance und Bewährung der Fachhochschule

Seit Mitte der 80er Jahre verzeichnen die Fachhochschulen wesentlich höhere Zuwachsraten an Studienanfängern und Studenten als die anderen Hochschularten. Infolge ihrer mangelhaften personellen und sächlichen Ausstattung wurden die Fachhochschulen von der Überlast besonders hart betroffen.

Die *hlb*-Bundesvereinigung ist, um dieser Notsituation zu begegnen, in vielfältiger Weise tätig geworden. Hervorzuheben sind

- zwei eingehende schriftliche Stellungnahmen gegenüber dem Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft im Dezember 1988 und März 1989,
- die mündliche Stellungnahme anlässlich des Hearings des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft am 18. 01. 89; der *hlb* war zu diesem Hearing als einziger Verband des Fachhochschul-Bereichs geladen,
- eine weitere mündliche Stellungnahme zum zweiten Hearing des Bundestagsausschusses am 10. 05. 89,
- die Herausgabe des Buches „Fachhochschulen unter der Überlast“ in der Schriftenreihe *hlb*-forum<sup>3</sup>.

Der *hlb* kann für sich in Anspruch nehmen, daß er mit diesen Stellungnahmen und Publikationen die Leistungen der Fachhochschulen, insbesondere ihrer Professoren, zur Bewältigung der Überlast einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht hat. Sie wurde für die Qualität der Fachhochschulausbildung, aber auch für deren Gefährdung durch die Überbelastung sensibilisiert. Die besondere Berücksichtigung der Fachhochschulen in den Hochschulsonderprogrammen I und II ist das handgreifliche Ergebnis der Arbeit des Hochschullehrerbundes.

## Besoldung

Politiker und Beamte der Wissenschaftsverwaltungen in Bund und Ländern haben eine Verbesserung des Stellenschlüssels für die Fachhochschul-Professuren als notwendig bezeichnet und in Aussicht gestellt. Das geschäftsführende Präsidium

hat immer wieder die Probleme dargestellt, die hochschulin-tern aus der unterschiedlichen Besoldung für gleiche Tätigkeiten entstehen. Unbesetzte freigewordene und neue Stellen be- weisen, daß Besoldung und Ausstattung des Professorenamts nicht mehr marktgerecht sind.

Es ist unmöglich, alle Anlässe aufzuzählen, die das geschäftsführende Präsidium genutzt hat, um Wirtschaft, Politik und Verwaltung auf diese Tatbestände und die daraus entstandenen Gefahren für die weitere Entwicklung der Fachhochschulen aufmerksam zu machen. Beispielhaft sei hier lediglich die Stellungnahme erwähnt, die die Enquete-Kommission des Bundestages „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“ von der Bundesvereinigung des *hlb* erhalten hat.

Ein äußerst bescheidenes Ergebnis dieser Aktivitäten des *hlb* ist, daß nunmehr die Erhöhung der Obergrenze für C 3-Stellen auf 60 v.H. beschlossene Sache zu sein scheint.

Der *hlb* hat darüber hinaus nach neuen Wegen für eine anforderungs- und leistungsgerechte Hochschullehrerbesoldung gesucht. Das Präsidium des *hlb* setzte auf seiner Würzburger Tagung im Mai 1990 eine Kommission Status und Besoldung ein, die bereits im Herbst ein umfangreiches Papier zur internen Diskussion stellte. Das öffentlich sichtbare Ergebnis waren die vielbeachteten Berliner Thesen, die das geschäftsführende Präsidium zum XIII. Kolloquium im November 1990 vorlegte. Damit liegt ein neuartiges Besoldungskonzept vor, das die These des Wissenschaftsrates von der Gleichwertigkeit der Hochschularten konsequent umsetzen würde. Es obliegt nun dem Präsidium des *hlb*, also den Vorsitzenden der Landesverbände, diesen Ansatz in das Programm des *hlb* aufzunehmen.

## Lehrverpflichtung

Während seiner gesamten Amtszeit hat das geschäftsführende Präsidium gegen die seit Gründung der Fachhochschulen vor zwanzig Jahren unveränderte und unzumutbar hohe Lehrverpflichtung angekämpft. Es war der *hlb*, der die in dem Entwurf der fortzuschreibenden KMK-Vereinbarung über die Lehrverpflichtung an Hochschulen versteckte Verschärfung aufdeckte. Nicht nur Memoranden an die Kultusministerkonferenz selbst, sondern auch an den Bundestagsausschuß und den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft haben dargestellt, daß die Professoren an Fachhochschulen im Vergleich mit den Universitätsprofessoren drei- bis viermal so viel Lehrveranstaltungen halten müssen.

Eine Umfrage- und Protestaktion von etwa 10 000 Professoren an den Fach- und Gesamthochschulen wurde vom *hlb* durchgeführt und ausgewertet. Der *hlb* zeigte sich gerade in dieser Frage als kämpferischer Verband für die Interessen der Hochschullehrer.

Eine parallel durchgeführte Umfrage bei allen Hochschulressorts in den Ländern brachte Erkenntnisse über die Schwierigkeiten bei der (Wieder-)Besetzung der Professorenstellen<sup>4</sup>. Diese Probleme sind nicht nur verursacht durch die unzulängliche Besoldung, sondern maßgeblich auch durch die überhohe Lehrverpflichtung.

Als Ergebnis dieser intensiven Arbeit des *hlb* kann festgestellt werden, daß die Senkung der Lehrverpflichtung unabwendbar geworden ist. Maßgebliche Politiker aller politischen Lager haben erklärt, daß die Lehrverpflichtung gesenkt werden soll. In dem KMK-Entwurf der Vereinbarung über die Lehrverpflichtung hat sich die Hälfte der „alten“ Bundesländer vorbehalten, die Lehrverpflichtung auf 16 SWS zu senken. So kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß auch hier die Dinge in Bewegung geraten sind. Es wird nunmehr der Arbeit der Landesverbände des *hlb* bedürfen, das Eisen vor Ort, d. h. in den Bundesländern, weiter zu schmieden.

<sup>1</sup> siehe DNH 2/91, Seite 3

<sup>2</sup> Helmut Groh, Acht Jahre für HLB und Fachhochschulen, in DIE NEUE HOCHSCHULE, Heft 3/87, Seite 4 f.

<sup>3</sup> Fachhochschulen unter der Überlast. Hochschullehrerbund. Hrsg. von Günther Edler, Wilfried Godehart und Willi Gross. – (hlb-forum; Bd. 1) Königswinter, Siebengebirgsverlag Wienands, 1989. ISBN 3-9802393-0-6. In dieser Publikationen sind die schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen des *hlb* im Wortlaut abgedruckt. Der Band enthält weitere Dokumente zur Überlastsituation und eine von Günther Edler verfaßte Einführung.

<sup>4</sup> vgl. Erfolg von Berufungsverfahren an Fachhochschulen, in DNH 3/90, Seite 20

## Anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung

Auch zu diesem Thema läßt sich ein Sinneswandel in Wirtschaft und Politik feststellen. Dort wurde noch vor wenigen Jahren überwiegend die Meinung vertreten, daß Forschung und Entwicklung eher schädlich für den Ausbildungsauftrag der Fachhochschulen sei. Diese restriktive Einstellung kann als überwunden gelten. Heute ist erkannt und anerkannt, daß anwendungsbezogene Forschung und – auch künstlerische – Entwicklung unabdingbare Voraussetzungen für anwendungsbezogene Lehre und Wissens- wie Technologie-Transfer sind.

An diesem Sinneswandel hat der *hlb* maßgeblich mitgewirkt. Die Kolloquien des Hochschullehrerbundes waren gerade ein Diskussionsforum für diese Frage der Weiterentwicklung der Fachhochschulen zu vollwertigen Hochschulen.

## Fachhochschulen: Andersartig, aber gleichwertig

Die These von der Andersartigkeit, aber Gleichwertigkeit hatte der Wissenschaftsrat in seinen ersten Empfehlungen zu den Aufgaben und der Stellung der Fachhochschulen<sup>5</sup> geprägt. Die Bundesregierung machte sich diese Aussage 1988 in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu eigen.

Diese Große Anfrage ging nicht zuletzt auf intensive Bemühungen der *hlb*-Bundesvereinigung zurück; die Informationarbeit des *hlb* war für die Fragesteller ebenso hilfreich wie für die Beantwortung der gestellten Fragen. Die Antwort der Bundesregierung setzte unübersehbare Signale für die Weiterentwicklung der Fachhochschulen; gleichwohl zeigte sich die Bundesregierung noch nicht willens, die strukturellen Hemmnisse für die Fachhochschulen zu beseitigen. Deshalb konzentrierte sich die Arbeit der Bundesvereinigung in der Folgezeit auf die Beseitigung rechtlicher Hemmnisse.

Die europäische Einigung mit dem Datum 1. 1. 1993 für die Beseitigung aller noch bestehenden Grenzen für Personen und Sachen und die Vereinigung Deutschlands setzten unübersehbare Signale. Der *hlb* vertrat schon vor der Wiederherstellung der deutschen Einheit die Forderung, die Fachhochschulen mit allen für Hochschulen typischen, konstitutiven Aufgaben, Strukturen und Rechten auszustatten. Die Probleme der Anerkennung der an Fachhochschulen erworbenen akademischen Grade für die Berufsausübung in Europa sind auf diese Minderausstattung der Fachhochschulen zurückzuführen. Ein besonderes Hindernis ist die bisherige Beschränkung der Fachhochschulen auf den sogenannten ersten berufsqualifizierenden Abschluß.

Das geschäftsführende Präsidium des *hlb* verfolgte diese Problematik noch intensiver, nachdem die deutsche Einheit diese strukturellen Defizite der Fachhochschulen schonungslos aufgedeckt hatte. Die Ingenieurhochschulen und Technischen Hochschulen der DDR waren – obgleich in ihrer Aufgabenstellung mit den Fachhochschulen vergleichbar – im Besitz uneingeschränkter Wissenschaftsaufgaben einschließlich der Forschung und des Promotionsrechtes. Das XIII. Kolloquium des *hlb* in Berlin diskutierte deshalb die neun „Berliner Thesen“ für die Umgestaltung des Bildungssystems im vereinigten Deutschland. Der *hlb* setzte sich damit an die Spitze einer zukunftsorientierten Reformbewegung. Fachhochschulen im Westen und Hochschulen in den neuen Ländern sollten zu **Hochschulen für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst** weiterentwickelt werden.

## Eigenart und Eigenständigkeit der Fachhochschulen erfordern einen eigenständigen zweiten akademischen Abschluß – die Promotionsfrage

Die Möglichkeit für besonders qualifizierte Absolventen der Fachhochschulen, an der Universität zu promovieren, wird seit

<sup>5</sup> Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu Aufgaben und Stellung der Fachhochschulen, verabschiedet am 10. Juli 1981

Jahren diskutiert. Die Übereinkunft von WRK und FRK, die Fachhochschulen würden ein eigenes Promotionsrecht nicht fordern, wenn den Absolventen zumutbare Möglichkeiten an den Universitäten eingeräumt werden, wurde insbesondere von den Fakultätentagen sabotiert. Dies veranlaßte die *hlb*-Bundesvereinigung, für die FH-Absolventen einen zweiten, an der Fachhochschule zu erwerbenden akademischen Grad zu fordern.

Es ist insbesondere dem *hlb* zu danken, daß dies von der Wirtschaft nicht mehr rundheraus abgelehnt wird. Dauer und auch die durch ein Promotionsverfahren an der Universität gewonnenen Qualifikationen haben sich von den Bedürfnissen der Wirtschaft weit entfernt. Die vom *hlb* vorgestellte Konzeption einer interdisziplinären, auf die Lösung betrieblicher Probleme und der Entwicklung von Technologien gerichteten Promotion fand Verständnis und Zustimmung nicht nur bei den Ingenieurverbänden (dem ZBI), sondern auch bei den Spitzenorganisationen der Wirtschaft. Diese Diskussion ist nicht abgeschlossen.

## Europa-Orientierung der Fachhochschulen

Die Gefahr einer Nicht-Anerkennung der Abschlüsse mit der Folge einer Benachteiligung der Absolventen auf dem europäischen Arbeitsmarkt war ein Motor der Gründung der Fachhochschulen gewesen. Diese Gefahr wurde damit nicht gebannt; im Jahre 1987 drohten erneut schwere Nachteile für die Absolventen der Fachhochschulen und damit auch für die Fachhochschulen selbst. Das geschäftsführende Präsidium hat in dieser kritischen Phase mit Protesten, Memoranden und in vielen Gesprächen – auch mit Abgeordneten des Europa-Parlaments – die Bemühungen der offiziellen Vertreter der Bundesrepublik unterstützt; die Zusammenarbeit mit dem ZBI war unter dieser Zielsetzung besonders intensiv. Die Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung von Hochschuldiplomen vom 21. Dezember 1988 ermöglicht die Ausübung beruflicher Tätigkeiten in jedem Mitgliedsstaat der europäischen Gemeinschaft, wenn eine mindestens dreijährige Ausbildung an einer Hochschule abgeschlossen ist.

Der *hlb* hat in diesem kritischen Jahr 1988 sein Kolloquium unter das Thema „Fachhochschulen in Europa“ gestellt; die Bundesvereinigung erwies sich als engagierter Kämpfer für die Weiterentwicklung der Fachhochschulen und erwarb sich mit der Aufbereitung des Themas und den erzielten Ergebnissen Anerkennung sowohl im Hochschulbereich als auch in der Öffentlichkeit.

## Kolloquien

Das geschäftsführende Präsidium hat die Tradition jährlich stattfindender Kolloquien – mit finanzieller Unterstützung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft – fortgesetzt.

Die Themen der Kolloquien waren

1987 in Bad Kissingen:

Studienverlauf im Fachhochschulbereich und Berufseinstieg

1988 in Bad Honnef:

Fachhochschulen in Europa

1989 in Bad Honnef:

Fachhochschule – die Hochschule der Zukunft!

1990 in Berlin:

Perspektiven wissenschaftlicher Berufsausbildung im vereinigten Deutschland

Der Ortswechsel von Bad Kissingen nach Bad Honnef erfolgte, um das Kolloquium für Presse und Politiker leichter erreichbar zu machen. Die Themen der Kolloquien trafen wegen ihrer Aktualität und des hohen fachlichen Niveaus und des politischen Gewichts der Referenten auf großes Interesse.

## Öffentlichkeitsarbeit

– Zusammenarbeit mit der Presse

Das geschäftsführende Präsidium hat sich bemüht, die Pressearbeit zu verstärken. Es wurden jeweils im Anschluß an die Kolloquien Pressekonferenzen gehalten. Besondere hochschulpolitische Ereignisse und Anlässe wurden vom Pressereferenten – unterstützt von der Geschäftsstelle – für Pressemitteilungen genutzt. Es kann festgestellt werden, daß die Fachhochschulen in den vergangenen Jahren zunehmend von der Presse zur Kenntnis genommen wurden und daß die mit diesem Hochschultyp zusammenhängenden Fragen wesentlich positiver behandelt werden als noch vor einigen Jahren.

– DIE NEUE HOCHSCHULE – Organ des Hochschullehrerbundes

DIE NEUE HOCHSCHULE wurde bis Heft 1/1990 von Professor Dr. Wolfhart Haacke herausgegeben und gestaltet. Er hat die Zeitschrift zu mehr als einer Verbandszeitschrift gemacht; sie ist ein vielbeachtetes, ja das maßgebliche Organ und Diskussionsforum für die Entwicklung der Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Professor Günther Edler – bis Ende 1989 Vizepräsident der Bundesvereinigung – übernahm ab Jahresanfang 1990 die Aufgaben des Pressereferenten der Bundesvereinigung und des Herausgebers der Zeitschrift. Der Übergang – von dem hochverdienten Kollegen Haacke aus Altersgründen schon längere Zeit angestrebt – ist bruchlos gelungen. Die Handschrift des neuen Herausgebers zeigt sich insbesondere in seiner Zuwendung zur aktuellen Berichterstattung.

– Schriftenreihe *hbl forum*

Das geschäftsführende Präsidium hat die Herausgabe dieser Buchreihe beschlossen; diese *Schriften des Hochschullehrerbundes zur wissenschaftlichen und künstlerischen Berufsausbildung* sollen die Arbeit des Hochschullehrerbundes intensiver und nachhaltiger dokumentieren, als das mit der Zeitschrift DIE NEUE HOCHSCHULE möglich ist. Das Pilotprojekt hatte der Schatzmeister der Bundesvereinigung, Professor Wilfried Godehart, mit der Dokumentation des Kolloquiums des Jahres 1986 (Fachhochschule und öffentlicher Dienst) in eigener Verantwortung geliefert. Kollege Godehart hat diese Schriftenreihe nicht nur gemeinsam mit dem Kollegen Edler und mir herausgegeben, d. h. inhaltlich konzipiert, sondern auch wertvolle redaktionelle Arbeit geleistet. Diese Schriftenreihe ist Bestandteil eines Marketing für den Hochschullehrerbund mit dem Ziel, die fortschrittliche Politik auch in ein entsprechendes Image umzusetzen und damit auch die jüngeren Kolleginnen und Kollegen für den *hbl* zu interessieren.

Bisher sind erschienen:

Band 1 Fachhochschulen unter der Überlast

Band 2 Fachhochschule – Die Hochschule mit Zukunft (Dokumentation des XII. Kolloquiums 1989)

In Vorbereitung ist

Band 3 Perspektiven wissenschaftlicher Berufsausbildung im vereinigten Deutschland (Dokumentation des XIII. Kolloquiums 1990)

– Schriftenreihe *hbl aktuell*

Auch diese Schriftenreihe wurde vom geschäftsführenden Präsidium auf Anregung des Kollegen Godehart initiiert. Die Mitglieder des *hbl*, aber auch die hochschulpolitisch interessierte Öffentlichkeit sollen mit dieser Reihe wichtiges Diskussionsmaterial erhalten.

Es ist bisher ein Heft erschienen mit dem Titel *Besoldungs- und Beamtenrecht* (Januar 1990); es enthält die Stellungnahme für die Enquete-Kommission *Zukünftige Bildungspolitik* –

*Bildung 2000* des Deutschen Bundestages sowie die Stellungnahme zu *Rolle und Bedeutung des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Bildungspolitik des Bundes*.

– *hbl* – Verdienstmedaille

Zur Öffentlichkeitsarbeit im weiteren Sinne kann man auch die vom geschäftsführenden Präsidium initiierte Verdienstmedaille zählen. Mit ihr werden Persönlichkeiten, die sich um die Belange der Fachhochschulen besondere Verdienste erworben haben, feierlich geehrt.

Bisher wurde die Medaille verliehen an Frau Dipl.-Dolm. Ruth Storsberg, erste Geschäftsführerin des *hbl*,

Herrn Dipl.-Ing. Hartwig von Graevenitz, früher Geschäftsführer des ZBI, und

Herrn Ministerialdirektor a. D. Dr. Peter Dallinger (BMBW)

– Merkblätter

werden jeweils zu Fragen des Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrechts herausgegeben. Das letzte erschien anlässlich der Neugestaltung des Versorgungsrechts und der zugehörigen Übergangsregelungen als Beiheftung in Heft 3/1990 (DIE NEUE HOCHSCHULE)

## Geschäftsstelle

Ende 1989 ist die Geschäftsführerin des Hochschullehrerbundes, Frau Dipl.-Dolm. Ruth Storsberg, in den Ruhestand getreten. Sie hatte die Arbeit des Hochschullehrerbundes am Sitz der Bundesregierung unter den Präsidenten Ehmann und Minnig aufgebaut und die Kontakte vor Ort – insbesondere mit dem Bundestag, den Bundesministerien und den Wissenschaftsorganisationen gepflegt. An ihre Stelle trat ab Anfang 1990 Dr. Hubert Mücke, der sich im Jahre 1989, zunächst halbtags, in die Nachfolge eingearbeitet hat. Besonders dem Schatzmeister – Professor Wilfried Godehart – ist es zu danken, daß dieser schwierige Übergang reibungslos bewältigt worden ist. Die Arbeit der Geschäftsstelle gehörte zu seinem von mir übertragenen Zuständigkeitsbereich.

Zugleich mit dem Wechsel in der Geschäftsführung hielt die neuzeitliche Bürotechnologie ihren Einzug. Die Geschäftsstelle ist nun mit einer leistungsfähigen EDV-Anlage ausgestattet und über FAX und Anrufbeantworter rund um die Uhr erreichbar.

## Finanzlage

Der Schatzmeister, Professor Wilfried Godehart, konnte berichten, daß die finanzielle Situation der *hbl*-Bundesvereinigung nicht nur gut geordnet, sondern sogar außerordentlich gut ist. Die Rücklagen sind deutlich höher als bei Amtsantritt des geschäftsführenden Präsidiums vor vier Jahren. Das ist umso bemerkenswerter, als eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge bei Amtsantritt des geschäftsführenden Präsidiums vor vier Jahren nahezu unabwendbar erschien, nun aber in den vergangenen vier Jahren

- die Mitgliedsverbände keine höheren Beiträge je Einzelmitglied an die Bundesvereinigung abzuführen hatten und die Zahl der aktiven Mitglieder leider insgesamt stagnierte,
- hohe Modernisierungsaufwendungen für die Geschäftsstelle angefallen sind,
- durch den Wechsel in der Geschäftsführung über das Jahr 1989 hohe zusätzliche Personalkosten entstanden sind und
- beträchtliche Aufwendungen für die Schriften des *hbl* und die Informations- und Protestaktion „Lehrverpflichtung“ entstanden sind.

Die gute Finanzlage der Bundesvereinigung ist auf das sparsame Wirtschaften des geschäftsführenden Präsidiums, insbesondere seines Schatzmeisters, zurückzuführen. Er hat die traditionelle Buchführung der Bundesvereinigung auf EDV um-

gestellt und die Finanzen transparent gemacht. Er hat mit Erfolg das Ziel verfolgt, den „produktiven“ Kostenanteil zu erhöhen. Seine Politik der Enthaltsamkeit und Sparsamkeit bei Reisekosten und Spesen hat Früchte getragen.

### Dank und Ausblick

Ich danke den Mitgliedern des geschäftsführenden Präsidiums (den drei Vizepräsidenten<sup>6</sup> und dem Schatzmeister<sup>7</sup>, den Referenten (Technik, Wirtschaft, Design, Soziale Wissenschaften und Presse<sup>8</sup> und den Mitarbeitern in der Geschäftsstelle (hier vor allem der früheren Geschäftsführerin und ihrem Nachfolger) für ihren unentwegten Einsatz für den Hochschullehrerbund, insbesondere aber für die gute Zusammenarbeit. Das geschäftsführende Präsidium, wie es 1987 gewählt und 1989 im Amt bestätigt worden ist, hat sich als Team verstanden. Dieses schon freundschaftlich zu nennende Zusammenwirken war ein Erlebnis, das ich nicht missen möchte.

Ich hoffe und wünsche, daß es dem neuen geschäftsführenden Präsidium gelingt, die Politik der Bundesvereinigung nahtlos und erfolgreich weiterzuführen und zählbare Erfolge zu verzeichnen für den Ausbau unserer Hochschulart und die Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen.

Hans Zangl

---

# Wege aus der Krise der Fachhochschulen

## Die Zeit der Reden ist vorbei, jetzt müssen Taten folgen

---

Am 10. Juni 1991 gab der neue Vorsitzende des vhb (Verband der Hochschullehrer in Bayern, Mitglied des *hfb* e. V.), Professor Dr. Hans Zangl (FH München), anläßlich der Delegiertenversammlung seinen Einstand mit einem Referat, dessen wesentliche Aussagen nachfolgend zusammengefaßt sind. Die Aula der Fachhochschule in Schweinfurt war voll besetzt von Studierenden und Professorinnen und Professoren aller bayerischer Fachhochschulen. Die Präsidenten und Rektoren der bayerischen Fachhochschulen wurden, soweit nicht selbst anwesend, durch ihren Sprecher und Hausherrn der FH Würzburg-Schweinfurt, Professor Dr. Wolfgang Fechner, vertreten.

<sup>6</sup> Professor Klaus J. Dahn, FH Nürnberg, Vizepräsident seit 1979  
Professor Günther Edler, FH Niederrhein, Vizepräsident seit 1983 bis 31. 12. 1989, Pressereferent seit 1. 1. 1990

Professor Rolf Kramer, Hochschule Bremen, Vizepräsident seit 1987  
Professor Dr. Rainer Brehler, FH Hamburg, Vizepräsident seit 1. 1. 1990  
<sup>7</sup> Professor Wilfried Godehart, FH des Bundes für öffentliche Verwaltung, Schatzmeister seit 1987

<sup>8</sup> Technikreferent bis 1989: Professor Hans Albert Klüfer, FH Düsseldorf, Technikreferent seit 1989: Professor Heinz Paetz, Universität-Gesamthochschule-Wuppertal

Referent Wirtschaftswissenschaften: Professor Dr. Heinz Becker, Rektor der FH Bochum

Referent für Design seit 1987: Professor Rolf Müller, FH Rheinland-Pfalz, Abt. Kaiserslautern

Referentin für Soziale Wissenschaften bis 1989: Professorin Gundula Schaefer, FH Braunschweig-Wolfenbüttel, seit 1989 Professor Dr. Manfred Herrmanns, FH Hamburg

Pressereferent bis 31. 12. 1989: Professor Dr. Wolfhart Haacke, früher an der Universität – Gesamthochschule – Paderborn

Pressereferent ab 1. 1. 1990: Professor Günther Edler, FH Niederrhein, Abt. Mönchengladbach

Landtagsabgeordnete aller Fraktionen nahmen teil. Prominentester Gast war der Bayerische Staatsminister für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Hans Zehetmair.

### 1. Lobeshymnen auf die Fachhochschulen

„Wenn Lobpreisungen ein Maßstab für Anerkennung, Stellenwert, Gewicht und Wertigkeit sind, so müßten die Fachhochschulen an der Spitze des Hochschulwesens in Deutschland stehen.“ Mit diesem Satz leitete Zangl sein Referat ein und zitierte den Bundespräsidenten von Weizsäcker, den Wissenschaftsrats-Vorsitzenden Simon, den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Ortleb und schließlich auch den anwesenden Staatsminister Zehetmair. Zangl: „Wir brauchen uns nicht nur loben zu lassen, wir wissen selbst, daß die Fachhochschulen an der Spitze des Hochschulwesens in diesem Lande stehen und extrem leistungsfähig sind. Durch harte Arbeit der Professoren wurde dieser Stand erreicht.“ Zangl erinnerte seine Zuhörer: „Erst durch Streiks und Kampfmaßnahmen der Studenten und Dozenten 1969/70 ist die Fachhochschule heutigen Zuschnitts entstanden.“

Zangl hebt als Merkmale des Erfolges der Fachhochschulen heraus:

1. Über 70 v. H. der Ingenieure und über 50 v. H. der Betriebswirte werden von den Fachhochschulen für die deutsche Wirtschaft ausgebildet.
2. Die Fachhochschulen haben die mit Abstand kürzesten Studienzeiten, was nicht bedeutet, daß die vermittelte Qualifikation im Gegensatz zur Universität schlechter ist.
3. Ein Drittel aller Studenten studiert mittlerweile an den Fachhochschulen.
4. Die Fachhochschulen sind den Universitäten um Längen voraus bei der Entwicklung europäischer Studiengänge und Partnerschaften. An 22 von 73 Fachhochschulen sind bereits europäische Studiengänge eingerichtet.

### 2. Perspektiven für die Fachhochschul-Entwicklung

Zangl: „Wir wollen uns nichts vormachen. An den Fachhochschulen ist ‚Feuer unter dem Dach‘. Bei Professoren und Studenten herrscht tiefste Unzufriedenheit. Unmut, Frust und Resignation bestehen angesichts

- der vielen nicht eingelösten Versprechen,
- der Lobpreisungen, denen keine Taten folgten,
- der ständigen Versuche, die Probleme nur durch übertriebene zentralistisch-bürokratische Regelungen zu lösen.

Der heutige Erfolg der Fachhochschulen basiert auf den Entscheidungen der Vergangenheit. Veränderungen und Reformen im Hochschulwesen zeitigen ihre Wirkungen erst in Jahren. Was ist also heute zu tun oder zu unterlassen, welche Entscheidungen zu treffen, welche Maßnahmen einzuleiten, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschule für die Zukunft zu sichern?“

#### Erstens: sofort das Lehrdeputat auf 16 Stunden reduzieren!

„Vor 15 Jahren war es bereits Gesetz, aber der bayerische Landtag und die bayerische Regierung wurden wortbrüchig. Seit Jahren wird vertröstet, daß die Reduzierung kommt, wenn die Überlast vorbei ist. Nun hat man endlich zugestanden, daß die Überlast eine Dauerlast ist. Jetzt muß Schluß sein mit den Ausreden!

Wir haben es nicht nötig, um eine Reduzierung des Lehrdeputats zu betteln. Wir können und werden uns nicht auf die faule Haut legen, wenn das Lehrdeputat reduziert wird, im Gegenteil: Wir brauchen eine Reduzierung, um zukünftig überhaupt noch leistungsfähig und wettbewerbsfähig zu bleiben.“ Zangl nannte die Folgen der heutigen überhöhen Lehrbelastung für das wissenschaftliche Niveau und anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung, insbesondere aber auf die

Attraktivität des Professorenamtes: „Es gelingt heute kaum mehr, die Professuren mit geeigneten Bewerbern zu besetzen. Das aber bedeutet den schleichenden Tod der Fachhochschule.“

Zangl unterbreitete nun den Vorschlag, die Regellehrverpflichtung bereits ab dem kommenden Wintersemester auf 16 Stunden zu senken. Die Durchführung solle den Fachhochschulen selbst überlassen werden.

Dies sei sicherlich nicht für jeden Kollegen von heute auf morgen umzusetzen, eröffne aber die Chance, in nächster Zeit die Lehrverpflichtung für jeden real um zwei Semesterwochenstunden zu senken. Aus dem Spektrum der verschiedenen Maßnahmen für die Umsetzung zeigte Zangl eine wichtige Argumentationslinie auf:

- 180 bis 200 Semesterwochenstunden (in acht Semestern Regelstudienzeit einschließlich zweier praktischer Studiensemester) sind nicht studierbar. Quantität schafft keine Qualität.
- Der Schwerpunkt der Ausbildung muß bei den Fächern mit Langzeitwirkung liegen. Fächer mit kurzen Halbwertzeiten müssen reduziert werden und sollten stärker in die Weiterbildung integriert werden.
- Eine zu starke Spezialisierung verursacht Überschneidungen, viele Prüfungen, viel Aufwand. Durch Fächerintegration können bedeutende qualitative wie quantitative Verbesserungen erzielt werden.

Zangl – als Organisationsfachmann – betont: „Man ist eher bereit, sich neu zu orientieren und alte Zöpfe abzuschneiden, wenn die Rahmenbedingungen sich positiv ändern. Die Senkung des Lehrdeputats wird einen Innovationsschub erzeugen. Studieninhalte werden eher reformiert, Lehrmethoden werden neu überdacht, und auf Entbehrliches wird verzichtet. Die Fachhochschule ist die Hochschule für die Praxis. Wir sind leistungsfähig und flexibel. Wir müssen uns also auch stets selbst kontrollieren, ob unsere Strukturen noch den Anforderungen entsprechen und welche Rationalisierungsmaßnahmen zu ergreifen sind. Rationalisierung sehe ich in dem positiven Sinne, die vorhandenen Ressourcen besser für eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu nutzen. Denn eines steht für die Professoren außer Zweifel: An der Qualität unserer Ausbildung werden wir keine Einbußen zulassen. Mit der vorgeschlagenen Lehrdeputatsreduzierung wird auch ein positiver Effekt auf die Einhaltung der Regelstudienzeiten erreicht.“

Dies sei im Interesse aller, der Studenten, der Professoren, der Wirtschaft und auch des Staates. Zangl appellierte an den Staatsminister, seinerseits die politischen Entscheidungsträger zu überzeugen und die Reduzierung ab dem kommenden Semester wirksam werden zu lassen: „Ich sage aber auch ganz offen: Wir können es nicht akzeptieren, wenn die Realisierung dieses Vorschlages, um den wir (intern) hart gerungen haben, wieder um Jahre hinausgeschoben wird. Wir wissen, daß die Realisierung zum kommenden Semester möglich ist.“

#### **Zweitens: Weitere wesentliche und notwendige Maßnahmen sind**

- Verordnungsdichte reduzieren!
- Personalausstattung verbessern!
- In die Professoren investieren!
- Den öffentlichen Dienst für FH-Absolventen attraktiv machen!
- Promotionsrecht für FH-Absolventen schaffen!

#### **Zur Verordnungsdichte**

Zangl stellt als „sehr spezifische Bayerische Eigenart von Hochschulpolitik“ das Schaffen von zentralen Regelungen heraus. Jüngstes Beispiel sei der Entwurf zur Änderung der Rahmenprüfungsordnung. Zangl: „Geben Sie dem Referenten den Entwurf zurück. Das Ziel der Studienzeitverkürzung wird damit nicht erreicht. Sämtliche Verordnungen für die Fachhoch-

schulen bedürfen dringend einer Revision und Entrümpelung. Der vhb bietet hierbei seine Mitarbeit an.“<sup>1</sup>

#### **Zur Personalausstattung**

„Wir vermissen bis heute die Strategie für die Zukunft der bayerischen Fachhochschulen. Angesichts der Tatsache, daß aus der Überlast eine Dauerlast geworden ist, sind neue Zielgrößen für die Personalausstattung notwendig. Folgende Fragen bedürfen dringend der Beantwortung:

- Welches Verhältnis Professoren:Studenten wird angestrebt und bis wann erreicht?
- Welches Verhältnis von Professoren:wissenschaftlichen Mitarbeitern wird angestrebt und bis wann erreicht?
- In welchem Umfang und Zeitrahmen wird die Aufstockung des Verwaltungspersonals erfolgen?“

#### **Zur Professorenbesoldung**

„Ein äußerst unbefriedigendes Thema stellt die Professorenbesoldung dar. Es wird generell anerkannt, daß eine Professorenbesoldung nach C2 unwürdig ist.“ Zangl: „Ich finde es entwürdigend und zugleich entlarvend, um 10 v. H. mehr C3-Stellen zu feilschen. In Geld ausgedrückt bedeuten die 10 v.H. für Bayern nur etwa 900.000 DM Mehrausgaben pro Jahr. Davon fließen 25 v. H. als Steuern wieder zurück. Alle Professoren an Fachhochschulen in C3 einzustufen, würde für Bayern etwa 4,5 Millionen DM Mehrausgaben bedeuten. Damit könnten wieder hochqualifizierte Persönlichkeiten aus der Industrie für das Professorenamt an der Fachhochschule gewonnen werden.“

Wegen der unwürdigen C2-Besoldung und des überhöhen Lehrdeputats von 18 Stunden bewirbt sich heute kaum noch jemand, der promoviert ist und über eine mindestens fünfjährige erfolgreiche Berufstätigkeit verfügt. Was ein 40jähriger Professor – verheiratet, zwei Kinder, in C2 erhält, erreichen unsere guten Absolventen schon als Anfangsgehalt. Zangl: „Leistung muß sich auch an Fachhochschulen wieder lohnen. Ich bin enttäuscht, was Leistung dem bayerischen Staat und der bayerischen Industrie wert ist. Wo bleibt das bayerische Selbstverständnis, Spitze zu sein? Vergeblich haben wir auf Bundesrats- oder Bundesinitiativen der Bayern gehofft. Immerhin sind sie seit neun Jahren in der Regierungsverantwortung in Bonn.“

Nach meiner Auffassung geht es aber gar nicht ums Geld, auch wenn es immer vorgeschoben wird. Hier geht es um die Interessen der Universitäts-Professoren, die einen möglichst großen Abstand zwischen sich und uns haben wollen.

88 v. H. aller Ausgaben im Hochschulwesen verschlingen die Universitäten, und nur 12 v. H. erhalten die Fachhochschulen, obwohl diese 33 v. H. der Studenten ausbilden. Und da soll es nicht möglich sein, den Fachhochschulen aus dem Hochschultopf 4,5 Millionen DM zusätzlich zu geben?

Rechnen wir einmal zusammen, wie viele Millionen der Freistaat Bayern jährlich für die sogenannten Sonderprogramme ausgibt. Prüfen wir, was mit diesem Geld geschieht und ob ein Teil dieses Geldes nicht besser in der Professorenbesoldung angelegt wäre. Als Fachmann für Wirtschaftlichkeitsanalysen würde ich das Geld dort anlegen. Die Lehre wird auch in Zukunft von Professoren durchgeführt und nicht von Maschinen.“

#### **Zur Einstufung der FH-Absolventen im öffentlichen Dienst**

„Völlig unverständlich, ja geradezu grotesk, verhält sich der Staat bei der Einstufung der Absolventen im Staatsdienst: FH-

<sup>1</sup> Inzwischen wurde der Entwurf überarbeitet; dabei wurden einige, aber nicht alle Vorschläge berücksichtigt, die von den Präsidenten, Professoren und Studenten eingebracht worden sind.

Absolventen in den gehobenen Dienst, Uni-Absolventen in den höheren Dienst. Ich verstehe deshalb alle FH-Absolventen, wenn sie den Staat als Arbeitgeber boykottieren . . . Auch im öffentlichen Dienst muß sich Leistung lohnen. Für FH-Absolventen lohnt sie sich dort nicht . . . Ich vermisse auch hier konkrete bayerische Initiativen. Einerseits wird um die internationale Anerkennung der Fachhochschulen gerungen, und andererseits werden die Fachhochschul-Absolventen im eigenen Lande durch den Staat diskriminiert.“

### Zum Promotionsrecht für FH-Absolventen

„Einer ähnlichen Situation sehen wir uns beim Promotionsrecht gegenüber. Während ausländische Universitäten keinerlei Berührungsängste mit den Fachhochschulen haben und schon viele FH-Absolventen im Ausland promovieren, meiden die Universitäten hier diese Kooperation wie der Teufel das Weihwasser. Welcher Dünkel reitet eigentlich diese Standesgenossen an den Universitäten? Es wird Zeit, daß endlich gleiches Recht für alle Hochschulabsolventen geschaffen wird!“

### Und zum Schluß

„Sehr geehrter Herr Staatsminister, meine Damen und Herren: Ich habe einige wichtige Positionen des vhb angesprochen. Wir setzen uns für ein leistungsfähiges Hochschulwesen ein. Stärken wir gemeinsam die Fachhochschulen als Stätte der anwendungsbezogenen Wissenschaft und Kunst. Entwickeln wir gemeinsam die Fachhochschule zu einem gleichwertigen, aber praxisbezogenen und damit andersartigen Hochschultyp.“

Hans-Wolfgang Waldeyer

## Das Brandenburgische Hochschulgesetz

### 1. Einleitung

Obwohl nach dem Einigungsvertrag die neuen Länder noch bis zum 3. Oktober 1993 Zeit haben, dem Hochschulrahmengesetz entsprechende Hochschulgesetze zu erlassen, hat der Landtag in Potsdam bereits im Mai 1991 das Brandenburgische Hochschulgesetz ohne Gegenstimme bei nur einer Stimmenthaltung verabschiedet<sup>1</sup>. Das Gesetz ist am 1. Juli 1991 in Kraft getreten<sup>2</sup> und enthält eine fast vollständige Regelung des Hochschulwesens. Es fehlen lediglich Vorschriften für die Übernahme des vorhandenen wissenschaftlichen Personals in die Personalkategorien des Hochschulrahmengesetzes. Diese Regelungen sollen erst später erfolgen, um im Übernahmeverfahren auch die zur Zeit noch nicht getroffenen Neugründungs- und Ausbauentscheidungen berücksichtigen zu können<sup>3</sup>. Die Standorte der zu errichtenden Fachhochschulen sind nämlich im Gesetz noch nicht festgelegt. Vielmehr wird der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur ermächtigt, durch Rechtsverordnung den Zeitpunkt für die Errichtung der Fachhochschulen zu bestimmen und auch ihre Standorte festzulegen<sup>4</sup>. Die Rechtsverordnung wird im Benehmen mit dem Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landtags erlassen.

### 2. Aufgaben der Fachhochschulen

Die Aufgaben der Hochschulen werden in § 4 Abs. 1 Satz 1 und 2 in wörtlicher Übernahme von § 2 Abs. 1 HRG beschrieben. Ergänzend bestimmt § 4 Abs. 1 Satz 3: „Die Fachhochschulen erfüllen ihre Aufgaben nach Satz 1 und 2 durch anwendungsbezogene Lehre und entsprechende Forschung“. Hierdurch wird eindeutig klargestellt, daß die anwendungsbezogene Forschung den Fachhochschulen als Pflichtaufgabe obliegt und nicht nur der wissenschaftlichen

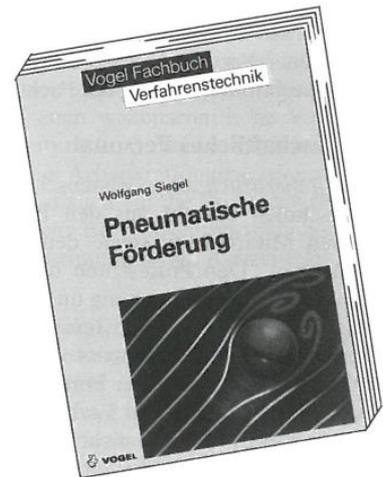
<sup>1</sup> Vgl. FAZ vom 22. Mai 1991. Das Gesetz wurde im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg – Nr. 12 vom 1. Juli 1991, S. 155 f. – veröffentlicht.

<sup>2</sup> Vgl. § 110 Abs. 1

<sup>3</sup> Vgl. Begründung des Regierungsentwurfes, Landtagsdrucksache 1/150, S. 113

<sup>4</sup> Vgl. § 2 Abs. 3 Nr. 1 und 2

NEU



Wolfgang Siegel

## Pneumatische Förderung

Grundlagen, Auslegung, Anlagenbau, Betrieb

288 Seiten, 220 Bilder, 3farbig  
68,- DM/ISBN 3-8023-0432-2

Das Thema dieses Buchs ist die Förderung von Schüttgut mit Luft durch Rohrleitungen. Es stützt sich in den Grundlagen auf die Strömungstechnik, Thermodynamik, mechanische Verfahrenstechnik und beschreibt Auslegung, Bau und Betrieb von Anlagen zur pneumatischen Förderung.

Angesprochen sind vor allem Studenten und Jungingenieure in der Industrie. Mehr als 200 dreifarbig gezeichnete Bilder fördern das Verständnis der umfassenden und praxisorientierten Darstellung.



**VOGEL**

Vogel Buchverlag  
Postfach 67 40  
D-8700 Würzburg

Grundlegung und Weiterentwicklung von Lehre und Studium<sup>5</sup>, sondern auch der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften dient. Abgesehen von Berlin<sup>6</sup> hat bisher kein Land den Fachhochschulen einen so umfassenden Auftrag zu anwendungsbezogener Forschung erteilt. Dieser wird nämlich nicht durch den Ausbildungsauftrag der Fachhochschulen begrenzt.

### 3. Wissenschaftliches Personal

Das *hauptberuflich* tätige wissenschaftliche Personal an den Fachhochschulen besteht aus den Professoren, den wissenschaftlichen Mitarbeitern sowie den Lehrkräften für besondere Aufgaben<sup>7</sup>. Den Professoren der Fachhochschulen wird anwendungsbezogene Forschung und Lehre als Pflichtaufgabe übertragen<sup>8</sup>. Sie können frühestens nach jedem fünften Semester ein Forschungs- oder Praxissemester erhalten<sup>9</sup>. Auf eine unterschiedliche Regelung der Forschungssemester für Professoren der Universitäten und Fachhochschulen „wird bewußt verzichtet, da dies sachlich nicht zu begründen wäre“<sup>10</sup>. Die Aufgaben der wissenschaftlichen Mitarbeiter werden in enger Anlehnung an § 53 HRG bestimmt<sup>11</sup>. Einstellungsvoraussetzung ist mindestens ein abgeschlossenes Hochschulstudium, so daß auch Fachhochschulabsolventen als wissenschaftliche Mitarbeiter der Fachhochschulen eingestellt werden können<sup>12</sup>.

Das *nebenberuflich* tätige Personal mit wissenschaftlichen und künstlerischen Aufgaben an den Fachhochschulen besteht aus den Honorarprofessoren, den Lehrbeauftragten und den wissenschaftlichen Hilfskräften<sup>13</sup>. Letztere haben die Aufgabe, Professoren bei ihren dienstlichen Aufgaben sowie Studenten bei ihrem Studium zu unterstützen<sup>14</sup>. Als wissenschaftliche Hilfskräfte können Personen mit einem erfolgreich abgeschlossenen Hochschulstudium oder fortgeschrittene Studenten beschäftigt werden<sup>15</sup>.

### 4. Studium

Das Ziel des Studiums wird für Fachhochschulen und Universitäten entsprechend der rahmenrechtlichen Vorgabe in § 7 HRG einheitlich festgelegt<sup>17</sup>. Die Befähigung zu selbständigem Denken wird als Studienziel ausdrücklich erwähnt. In der Hochschulprüfungsordnung ist zu regeln, ob eine in den Studiengang eingeordnete berufspraktische Tätigkeit auf die Regelstudienzeit angerechnet wird. Studenten der Fachhochschulen können ihr Studium an einer anderen Hochschule fortsetzen. Hierbei ist die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen zwischen den Hochschulen abzustimmen<sup>18</sup>.

### 5. Promotion

Die Fachhochschulen haben kein Promotionsrecht<sup>19</sup>. In den Promotionsordnungen der Universitäten sind aber Regelungen vorzusehen, nach denen befähigte Absolventen eines geeigneten Fachhochschulstudienganges unmittelbar oder nach Absolvierung von Teilen von Studiengängen an einer Hochschule mit Promotionsrecht zur Promotion zugelassen werden kön-

nen<sup>20</sup>. Dies soll „dazu beitragen, die Attraktivität eines Fachhochschulstudiums zu erhöhen“<sup>21</sup>.

### 6. Gliederung der Fachhochschule

Während die Universitäten in der Regel in Fakultäten oder Fachbereiche gegliedert sind<sup>22</sup>, werden die Fachhochschulen in Abteilungen unterteilt<sup>23</sup>. An Hochschulen ohne Fakultäten oder Fachbereiche werden die Aufgaben des Fakultätsrats oder Fachbereichsrats von den Abteilungen oder vom Senat wahrgenommen<sup>24</sup>. Hierbei wird nicht beachtet, daß es gemäß Art. 5 Abs. 3 GG unzulässig ist, wissenschaftsrelevante Entscheidungen wissenschaftsfremd zu treffen<sup>25</sup>. Dies ist aber der Fall, wenn auf der Ebene der Abteilung oder des Senats fachspezifische Fragen von Hochschulmitgliedern ohne einschlägige wissenschaftliche Qualifikation entschieden werden<sup>26</sup>.

### 7. Hochschulautonomie

Das Brandenburgische Hochschulgesetz räumt der Hochschulautonomie einen höheren Stellenwert ein als die Hochschulgesetze aller anderen Bundesländer. „Wir wollen nicht, daß unsere Hochschulen zu nachgeordneten Behörden des Ministeriums werden, wie das in den alten Ländern der Fall ist.“<sup>27</sup> Die Genehmigung einer Hochschulprüfungsordnung kann nur dann versagt werden, wenn sie den Vorschriften über die Regelstudienzeit nicht entspricht oder wenn die in der Prüfungsordnung vorausgesetzten Studienleistungen innerhalb der Regelstudienzeit nicht zweifelsfrei erbracht werden können<sup>28</sup>. Promotions- und Habilitationsordnungen unterliegen lediglich der Rechtskontrolle des Ministers<sup>29</sup>. Dies folgt daraus, daß die rahmenrechtliche Vorgabe in § 16 Abs. 1 Satz 5 HRG auch für Promotions- und Habilitationsordnungen gilt<sup>30</sup>, das Brandenburgische Hochschulgesetz aber insoweit keinen Versagungsgrund vorsieht<sup>31</sup>. Bei der Entscheidung über die Leitungsstruktur haben die Universitäten die Wahl zwischen vier verschiedenen Modellen: Leitung durch Rektor, Rektorat, Präsident oder Präsidialkollegium<sup>32</sup>. Zur Leitungsverfassung der Fachhochschulen fehlt im Gesetz eine entsprechende Regelung.

### 8. Schlußbemerkungen

Zusammenfassend ist festzustellen, daß Brandenburg ein fachhochschulfreundliches Hochschulgesetz erlassen hat, das sich positiv von den Hochschulgesetzen der alten Länder (mit Ausnahme von Berlin) abhebt. Vorhandene Mängel sollten bei einer Novellierung des Gesetzes beseitigt werden. So sollte entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrats<sup>33</sup> der verfehlte Begriff „wissenschaftliches Studium“<sup>34</sup> zur Kennzeich-

<sup>5</sup> So §§ 64 Abs. 1 Satz 1 NWFHG, 54 Abs. 1 SaFHG; kritisch hierzu Waldeyer, DNH 4/1990, S. 12

<sup>6</sup> Vgl. § 4 Abs. 1 Sätze 1 und 5 BerLHG

<sup>7</sup> Vgl. § 46 Abs. 2

<sup>8</sup> Vgl. § 51 Abs. 1 Satz 1

<sup>9</sup> Vgl. § 51 Abs. 4

<sup>10</sup> So die Begründung des Regierungsentwurfes, Landtagsdrucksache 1/150, S. 122

<sup>11</sup> Vgl. § 62 Abs. 1 und 2

<sup>12</sup> Vgl. § 62 Abs. 3

<sup>13</sup> Vgl. § 65 Abs. 2

<sup>14</sup> Vgl. § 70 Abs. 2

<sup>15</sup> Vgl. § 70 Abs. 1

<sup>16</sup> Vgl. § 8

<sup>17</sup> Vgl. § 10 Abs. 4 Satz 3

<sup>18</sup> Vgl. § 18 Abs. 2

<sup>19</sup> Vgl. § 3 Abs. 4 Satz 1

<sup>20</sup> Vgl. § 22 Abs. 3 Satz 2

<sup>21</sup> So die Begründung des Regierungsentwurfes, Landtagsdrucksache 1/150, S. 117

<sup>22</sup> Vgl. § 89 Abs. 1 Sätze 1 bis 5

<sup>23</sup> Vgl. § 89 Abs. 1 Satz 6

<sup>24</sup> Vgl. § 91 Abs. 2

<sup>25</sup> Vgl. BVerwG, Buchholz 421.2 Nr. 107, S. 70

<sup>26</sup> Vgl. Maurer, WissR 1977, 214 f.; Karpen, in Hailbronner, HRG, § 64 Rdnr. 23; Thieme, Deutsches Hochschulrecht, 2. Auflage, 1986, Rdnr. 343; Waldeyer, in Hailbronner, HRG, § 16 Rdnr. 8

<sup>27</sup> So Hinrich Enderlein (FDP), Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, zitiert nach Kölner Stadt-Anzeiger vom 25. April 1991

<sup>28</sup> Vgl. § 15 Abs. 2 Satz 1 und 2

<sup>29</sup> Vgl. §§ 22 Abs. 2 Satz 2, 23 Abs. 4 i. V. m. § 3 Abs. 6

<sup>30</sup> Vgl. Bode, in Dallinger, HRG, Tübingen 1978, § 15 Rdnr. 3; Reich, HRG, 3. Auflage, Bad Honnef 1986, § 16 Rdnr. 2; Waldeyer, in Hailbronner, HRG, § 16 Rdnr. 2

<sup>31</sup> Unzutreffend insoweit die Begründung des Regierungsentwurfes, Landtagsdrucksache 1/150, S. 116 f.

<sup>32</sup> Vgl. § 82 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. Abs. 3 Satz 1

<sup>33</sup> Vgl. Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, 1991, S. 12

<sup>34</sup> Vgl. § 56 Abs. 3

nung von Universitätsstudiengängen nicht verwendet werden. Der Begriff „anwendungsbezogene Studiengänge“<sup>35</sup> sollte entsprechend der Terminologie des HRG durch den Begriff „Fachhochschulstudiengänge“ ersetzt werden<sup>36</sup>. Da den Fachhochschulen das Promotionsrecht versagt wird, sollte zumindest die gemeinsame Betreuung von Promotionen durch Professoren der Universität und der Fachhochschule vorgesehen werden<sup>37</sup>. Diese kooperativen Promotionen können freilich nur eine Übergangslösung bis zur Verleihung des Promotionsrechts an die Fachhochschulen sein<sup>38</sup>. Ohne eigenes Promotionsrecht werden die Fachhochschulen im Wettbewerb der europäischen Hochschulen nicht bestehen können.

<sup>35</sup> Vgl. §§ 52 Abs. 3 Satz 2, 69 Abs. 2 Halbsatz 2

<sup>36</sup> Vgl. Waldeyer, DNH 4/1990, S. 14

<sup>37</sup> Vgl. §§ 35 Abs. 4 Satz 2 BerIHG, 94 Abs. 5 Satz 2 SaUG

<sup>38</sup> Vgl. Groh, DNH 3/1991, S. 4 ff.; Stellungnahme des Senats der Fachhochschule des Saarlandes, DNH 3/1991, S. 6 f.; anderer Meinung: Wissenschaftsrat, a. a. O., S. 96 f.

*Anschrift des Verfassers:*

Professor Dr. jur. Hans-Wolfgang Waldeyer  
Gelmerheide 48, 4400 Münster

Günther Edler

## Regellehrverpflichtung, Studierbarkeit und der Curricularnormwert<sup>1</sup>

Bekanntlich haben sich in der von der KMK verabschiedeten Vereinbarung über die Lehrverpflichtung einige Länder vorbehalten, die Lehrverpflichtung früher oder später auf 16 SWS festzulegen. Sie reagierten damit auf die anhaltende Kritik an der im nationalen wie internationalen Vergleich überhöhen und dem Ansehen der Fachhochschulen abträglichen Lehrverpflichtung von 18 Semesterwochenstunden. Um das so entfallende Lehrangebot aufzufangen, müßten also etwa 11 v. H. mehr Professorenstellen und Mittel für Lehrbeauftragte in die Hochschulkapitel eingestellt werden.

Aus den Ländern Bayern und Nordrhein-Westfalen ist nun bereits verlautet, daß eine Vermehrung der Stellen nicht finanzierbar ist. Die Senkung der Lehrverpflichtung könne nur „kostenneutral“ geschehen. Entsprechendes äußerte auf der diesjährigen Tagung des „Bad Wiesseer Kreises“ der Rektor der FH Konstanz (Harder) für das Land Baden-Württemberg.

Was heißt nun „kostenneutral“? Das Problem besteht offenbar darin, daß bei einer Senkung des Lehrangebotes um zwei SWS, d. h. um 11,1 v. H. auch nur entsprechend weniger Studierwillige zum Studium zugelassen werden können, wenn eine an den Höchstzulassungszahlen orientierte Beschränkung (also ein numerus clausus) praktiziert wird. Das paßt natürlich nicht in die politische Landschaft. Abgewiesene Studienbewerber sind ein Politikum, ein Mangel an Studienplätzen wird zu Recht dem Staat angelastet, während die Folgen überfüllter Hochschulen, nämlich verlängerte Studienzeiten und höhere Zahl von Studienabbrechern und -versagern, von den Hochschulen, den Hochschullehrern und den Studierenden zu verantworten ist.

Will man beides, nämlich Senkung der Lehrverpflichtung und keine Vernichtung von Studienplätzen, also (mindestens) gleichhohe Höchstzulassungszahlen, so muß der Studienum-

fang verringert werden, d. h. es muß die Zahl der Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen gesenkt werden. Und dies bedeutet eine Senkung der Curricular-Normwerte. Diese Konsequenz ist zwingend.

Es mögen nun durchaus eine ganze Reihe von Argumenten dafür angeführt werden, daß der derzeitige Umfang des Pflichtstudiums – insbesondere im Bereich der Ingenieur-Studiengänge – zu hoch ist. Die Qualität der Ausbildung wird aber durch eine Verringerung dieses Umfangs nicht zunehmen; das Schlagwort „Weniger ist mehr“ ist zu simpel. Die Qualität wird nur zu halten sein, wenn der Entfall von Lehrveranstaltungen kompensiert wird – z. B. durch eine größere Effektivität, die durch kleinere Gruppen erreicht werden könnte. Aber das hieße wieder, durch Verringerung der Gruppengrößen den jeweiligen Curricular-Normwert zu erhöhen.

Im Rahmen der Erörterungen, die in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Aktionsprogramms „Qualität der Lehre“ stattgefunden haben, spielten diese Gesichtspunkte bisher offenbar keine Rolle. Dort werden, um die tatsächlichen Studienzeiten an die Regelstudienzeiten wieder stärker anzugleichen, folgende Studienvolumina diskutiert, die das Ministerium durch eine Rechtsverordnung als Eckdaten den Hochschulprüfungsordnungen vorgeben möchte:

Für die Studiengänge der Fachrichtung	Lehrveranstaltungen		Summe
	Pflicht- und Wahlpflicht-	Wahl-	
Ingenieurwesen	149	16	165
Wirtschaft	135	15	150
Sozialwesen	123	13	136

Die Konsequenzen für die Curricular-Normwerte, die für die Fachhochschulstudiengänge von den Ländern individuell festgelegt werden (weil es keine bundesweiten Vergabeverfahren für Studienplätze gibt), sind noch nicht absehbar.

Grundsätzlich ist festzuhalten: Die Höchstzulassungszahlen (und damit der Maßstab für die Überlast) werden von dem Lehrangebot (d. h. der Höhe der Regellehrverpflichtung) und der Lehrnachfrage (d. h. der Höhe des Curricular-Normwertes) bestimmt. Im vordergründigen Interesse der Länderpolitik ist es, wenn die Höchstzulassungszahlen auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden oder sogar erhöht werden können und dafür keine zusätzlichen Finanzmittel eingesetzt werden müssen. Im vordergründigen Interesse der Hochschullehrer liegt die Senkung der Regellehrverpflichtung. Im vordergründigen Interesse der Studierenden liegt es, den Umfang ihrer Pflichtveranstaltungen und der zugehörigen Prüfungen zu senken. Es spricht also einiges dafür, daß sich öffentliche Hand, Hochschullehrer und Studierende in einem faulen Kompromiß treffen: Die Lehrverpflichtung wird gesenkt, der Umfang des Pflichtstudiums und die Zahl der Prüfungen werden in einem stärkeren Umfang verringert als die Lehrverpflichtung, die Gruppengrößen bleiben unverändert oder werden sogar noch erhöht, und der so gesunkene CNW erlaubt die Zulassung von noch mehr Studenten als bisher.

Hochschullehrer und Studenten sollten sich auf diesen faulen Kompromiß nicht einlassen: Die Belastung der Hochschullehrer entsteht nicht ausschließlich aus der Regellehrverpflichtung, sondern wird auch von der Zahl der Studenten bestimmt. Eine Senkung der Stundenzahl bei gleichbleibender Zahl der Studenten ist eine relativ geringe Entlastung; wird die Zahl der auf einen Hochschullehrer entfallenden Studenten erhöht, so zehrt diese Mehrbelastung die Entlastung aus der Senkung der Regellehrverpflichtung wieder auf. Die Studenten kommen bei weniger Lehrveranstaltungen und Prüfungen möglicherweise schneller zum Studienabschluß, die Qualität

<sup>1</sup> Dazu siehe Joachim Weber, Objektive „Preisrichter“ gesucht. Zur Notwendigkeit der Erhöhung der Curricularnormwerte, in DNH 3/90, Seite 7 f.

Das bedeutet zunächst, daß allen Beteiligten das Beurteilungssystem erläutert und begründet wird. Dies geht nicht per Rundschreiben oder Erlaß, sondern nur durch Schulung und Diskussion. Alle Beteiligten müssen schließlich von dem Sinn eines Beurteilungsverfahrens überzeugt werden und die Ziele (Welche? Qualität der Lehre verbessern, oder Karriere-Instrument, oder Kontrolle?) müssen eindeutig und transparent sein. Das ist in der Regel ein ziemlich aufwendiger Prozeß. Schließlich erfordern Kritistieren und Sich-Kritistieren-Lassen

### Kein Beurteilungssystem kann ohne begleitende Schulungsmaßnahmen erfolgreich implementiert werden

#### These 2

Insofern ist zu fragen, ob eine Organisation/Institution überhaupt „reife“ ist für ein solches Instrument oder ob nicht besser erst noch einige Vorbedingungen zu erfüllen sind. So provoziert beispielsweise das negative Ergebnis eines Semesterfeedbacks natürlich auch die Frage, wie der betreffende Lehrende überhaupt in diese Position kommen konnte und wie er das Verfahren zur Beurteilung seiner pädagogischen Eignung unbeschadet überstehen konnte. Für den Fall jedoch, daß das System nun jemanden in eine Position geraten ließ, in der er nun hart kritisiert wird, ist es nicht fair, den Betroffenen jetzt plötzlich aus heiterem Himmel sozusagen mit öffentlicher Kritik zu überziehen. Und dann folgt nichts mehr! Dabei heißt es doch: Keine Diagnose ohne Therapie! Und wo bleiben denn die Förderungs- und/oder Trainingsmaßnahmen, um den kritisierten weiterzuhelfen? Eigentlich hätten sie doch schon längst angeboten werden müssen (wo das Problem angeblich schon so lange bekannt ist).

### Beurteilungssysteme sind hochsensible Instrumente, die mit Sicherheit alle weiteren Systemschwächen aufdecken.

#### These 1

Bei mir als Arbeits- und Organisationspsychologe, der sich seit mehr als zwei Jahrzehnten unter anderem auch mit Fragen und Problemen betrieblicher Beurteilungssysteme beschäftigt, und provokieren hier Art und Vorgehensweise kritische Überlegungen. Ich weiß nur noch nicht: Soll mich der Zorn packen oder die Resignation? Dabei bin ich keinesfalls gegen ein Feedback von Studenten an ihre Professoren, und ich spreche auch Studenten keinesfalls die Kompetenz ab, ihre – selbstverständlich stets subjektiv präsentierte – Eindrücke darüber zu formulieren, wie gut ein Lernstoff präsentiert wurde, wie stark sich ein Lehrender bei der Vermittlung seines Stoffes engagiert und was er zur Gestaltung eines guten Lernklimas beigetragen hat. Ohne Feedback ist kein Lernen möglich! Auch nicht für Professoren. Aber kein Wirtschaftsunternehmen, wenn es sich auch nur einigermaßen sachkundig gemacht hätte, würde es wagen, in der hier zu beobachtenden Form ein Beurteilungssystem zu implementieren. Und da für mich die (Fach-)Hochschulen im Prinzip nichts anderes sind als am gesellschaftlichen Bedarf orientierte „Dienstleistungsbetriebe“ mit der Zielsetzung, möglichst gute bzw. gut ausgestattete Absolventen zu „produzieren“ (und dies außerdem noch mit einem möglichst guten Wirkungsgrad!), erlaube ich mir, nachstehend einige Parallelen zu ziehen und meine Kritik zu begründen.

vorrangenden Leistungen in der Lehre nach Maßgabe des Grundsatzes der Bestenauslese an der eigenen Hochschule auf C-3-Stellen zu berufen. „Wie man hört, soll jede dritte nach dem 1. Juni 1991 frei werdende oder neu zur Verfügung gestellte C-3-Stelle für ein Berufungsverfahren benutzt werden können, um C-2-Professoren, die besondere Leistungen in der Lehre nachweisen können, auf eine C-3-Stelle zu berufen. . . . [Alle Zitate aus dem Erlaß des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 7. Juni 1991 zum Aktionsprogramm „Qualität der Lehre / Studentische Veranstaltungs-kritik / Aktenzeichen I A 2 – 6030].

Montag, den 8. Juli 1991 – Nun hab' ich's also schriftlich von meinem Rektor: Da wird also nun demnächst ein „Beurteilungssystem“ eingeführt. In einem Wirtschaftsunternehmen würde man es als Vorgesetzten-Beurteilung bezeichnen: Die „Mitarbeiter“ (Studenten) beurteilen ihre „Vorgesetzten“ (Professoren), also jene Leute, die sie zu bestimmten Lernzielen führen sollen. Aufgearbeitet werden soll das ganze dann – solange eine „zentrale statistische Auswertung der Fragebögen auf Fachbereichs- oder Hochschulebene . . . zur Zeit . . . auf personelle Schwierigkeiten stoßen dürfte“ – während der Erprobungsphase in Form einer „von dem beurteilten Lehrenden und den studentischen Teilnehmern oder der Fachschaft gemeinsam erarbeiteten freien Auswertung“. Diese „freie Auswertung“ (?) soll dann „in einer Art Veranstaltungsbericht schriftlich festgehalten“ werden. Die Erfinder dieses Verfahrens gehen davon aus, daß dieser Modus „in aller Regel“ (?) „eine gemeinsame Besprechung beinhalten“ wird, „die als „Semestergespräch“ auch sonst sinnvoll sein dürfte, um bereits auf der Ebene der unmittelbar Betroffenen Konsequenzen aus der Veranstaltungs-kritik zu ziehen“. Selbstverständlich fehlt nicht, daß „in jedem Fall das Auswertungsergebnis mit den Fragebögen dem Dekan zuzuleiten“ ist, „der seinerseits die Studierenden des betreffenden Studienganges informiert“ (?). Und natürlich fehlt der Anreiz nicht: „In Verfolgung der im Aktionsprogramm vorgesehenen Anreize ist die studentische Veranstaltungskritik zu Lehrveranstaltungen . . . aber auch ein Kriterium dafür, Professoren der Besoldungsgruppe C 2 mit her-

### Mit wachen Augen trotzdem mitmachen!

# Studentische Vorlesungskritik

Gerhard Comelli

fang) ein *Mehr* (an Qualität) wird.

Die Konsequenzen: Trotz Senkung der Lehrverpflichtung eine Erhöhung der Curricularnormwerte.

4. Einigung über eine danach zu verbessernde Relation *Hochschullehrer:Studierende in der Regelstudienzeit*, d.h. über die Senkung des Studienumfanges abzusprechen.

3. Die Senkung des Studienumfanges (des Pflicht- und Wahlsungszahlen vorgeschrieben.

10 v. H. mehr Studienanfänger als nach den Höchstzulassungszahlen dieser Ausbauezeit Aufnahme von höchstens hochschulen um mindestens 10 v. H. innerhalb von drei Jahren. Während dieser Ausbauezeit Aufnahme von höchstens 12. Erhöhung der Zahl der Stellen für Lehrende an den Fachhochschulen um mindestens 10 v. H. innerhalb von drei Jahren. Während dieser Ausbauezeit Aufnahme von höchstens 10 v. H. mehr Studienanfänger als nach den Höchstzulassungszahlen vorgeschrieben.

1. Lehrverpflichtung sofort auf 16 SWS senken.

2. Erhöhung der Zahl der Stellen für Lehrende an den Fachhochschulen um mindestens 10 v. H. innerhalb von drei Jahren. Während dieser Ausbauezeit Aufnahme von höchstens 10 v. H. mehr Studienanfänger als nach den Höchstzulassungszahlen vorgeschrieben.

3. Die Senkung des Studienumfanges (des Pflicht- und Wahlpflichtstudiums) muß eine Verkleinerung der Gruppengrößen bewirken; deshalb muß der zuständige Minister die bindende Zusage geben, den CNW nicht entsprechend der Verringerung des Studienumfanges abzusprechen.

4. Einigung über eine danach zu verbessernde Relation *Hochschullehrer:Studierende in der Regelstudienzeit*, d.h. über die Erhöhung der Lehrverpflichtung eine Erhöhung der Curricularnormwerte.

Die Konsequenzen: Trotz Senkung der Lehrverpflichtung keine unmittelbare Verringerung der Zahl der zuzulassenden Studienanfänger, eine den Länderfinanzen zumutbare und auch besetzbare Zahl neuer Stellen für Professoren, verbesserte Studierbarkeit. Unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, daß aus dem *Weniger* (Lehrverpflichtung, Studienumfang) ein *Mehr* (an Qualität) wird.

Um es nicht bei der Kritik zu belassen: Über folgende Eckpunkte sollten sich die Hochschulen und die Vertreter der Verbände mit den Länderministerien einigen:

1. Lehrverpflichtung sofort auf 16 SWS senken.

2. Erhöhung der Zahl der Stellen für Lehrende an den Fachhochschulen um mindestens 10 v. H. innerhalb von drei Jahren. Während dieser Ausbauezeit Aufnahme von höchstens 10 v. H. mehr Studienanfänger als nach den Höchstzulassungszahlen vorgeschrieben.

3. Die Senkung des Studienumfanges (des Pflicht- und Wahlpflichtstudiums) muß eine Verkleinerung der Gruppengrößen bewirken; deshalb muß der zuständige Minister die bindende Zusage geben, den CNW nicht entsprechend der Verringerung des Studienumfanges abzusprechen.

4. Einigung über eine danach zu verbessernde Relation *Hochschullehrer:Studierende in der Regelstudienzeit*, d.h. über die Erhöhung der Lehrverpflichtung eine Erhöhung der Curricularnormwerte.

Die Konsequenzen: Trotz Senkung der Lehrverpflichtung keine unmittelbare Verringerung der Zahl der zuzulassenden Studienanfänger, eine den Länderfinanzen zumutbare und auch besetzbare Zahl neuer Stellen für Professoren, verbesserte Studierbarkeit. Unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, daß aus dem *Weniger* (Lehrverpflichtung, Studienumfang) ein *Mehr* (an Qualität) wird.

besondere kommunikative Fähigkeiten. Wie man „sozial intelligent“ Feedback gibt und wie man ebenso geschickt und angemessen auf Feedback reagiert, das muß die Mehrheit der Menschen meist erst noch ein wenig lernen. Zumindest hat es sich in den Wirtschaftsunternehmen sehr bewährt, in Kommunikationstrainings mit Betroffenen und Beteiligten entsprechende soziale Fähigkeiten einzuüben. Gerade da, wo eine einigermaßen tragfähige Vertrauensbasis nicht so recht gegeben ist, ist dies besonders notwendig.

### These 3

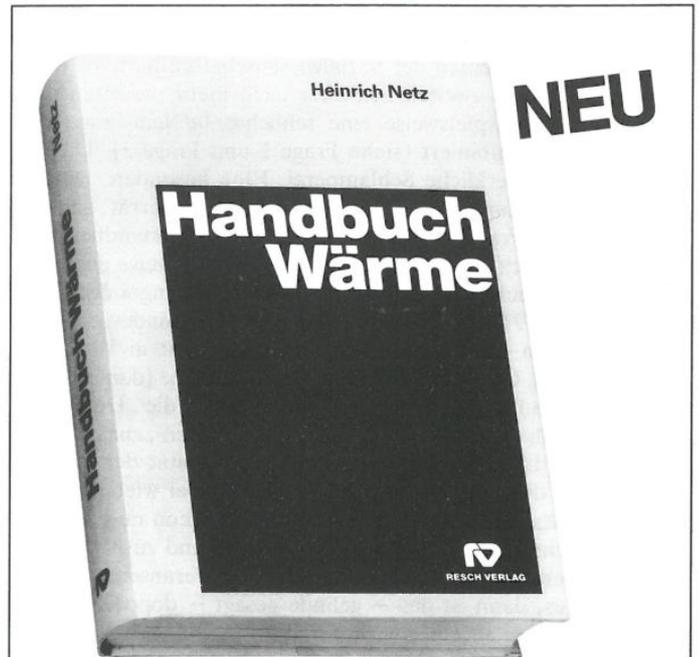
#### Feedback an den, den's angeht!

Ist man ernsthaft daran interessiert, Feedback als eine wirkliche Lernchance zu nutzen, dann bedeutet dieser Grundsatz aus der Kommunikationspsychologie, daß das Feedback der Studenten (studentische Veranstaltungskritik) zunächst an den jeweils betroffenen Professor zu gehen hat – nicht *an* Dritte, auch nicht *über* Dritte! Wenn hier durch falsche Prozeduren unnötige Ängste ausgelöst werden, falscher Druck ausgeübt wird oder sogar der Eindruck entsteht, es werde hier „von oben“ Material gegen Personen gesammelt, dann ist mit Sicherheit die angestrebte Lernchance vertan. Aus diesem Grunde werden in der Regel in den (wenigen) deutschen Unternehmen, in denen eine Vorgesetzten-Beurteilung praktiziert wird, die Beurteilungsdaten mit äußerster Feinfühligkeit gehandhabt. Falls man nicht überhaupt auf eine zentrale Auswertung verzichtet, findet eine Zentralauswertung üblicherweise in völlig anonymisierter Form statt, wobei die einzelnen Vorgesetzten „ihre“ Daten über ein von ihnen festgelegtes Code-Wort abrufen können. Gleichzeitig können sie die Gesamtauswertung der Firma (oder ihres Bereiches) abrufen, damit sie ihre Daten mit dem Gesamtergebnis vergleichen können.

### These 4

#### Das Beurteilungsinstrument sollte geeignet und akzeptiert sein

Was die Akzeptanz anbetrifft, wäre der Idealweg eine möglichst *breite* Einbeziehung aller Beteiligten in die Diskussion über das Verfahren an und für sich sowie bei der Entwicklung des konkreten Beurteilungsinstrumentes. Eine Gremien- oder Ausschubarbeit reicht da angesichts der riesigen Anzahl von Mitwirkenden nicht im Ansatz aus. Und falls man sich entschließt, die Vorbereitungen nicht so breit anzulegen, dann ist – wie bereits weiter oben ausgeführt – im Rahmen der Einführung eines solchen Beurteilungssystems ein beträchtlicher Aufwand zu treiben, um den beteiligten Betroffenen die einzelnen Beurteilungskategorien zu begründen (schließlich steht hinter jeder Kategorie eine Hypothese, daß in dem betreffenden Bereich Optimierungspotential liegt) sowie ihnen genau zu erläutern, was exakt unter den einzelnen Skalenbereichen verstanden wird. Nicht zuletzt geht es hier um die rein handwerkliche Qualität des Fragebogens, und diese läßt immerhin auch Rückschlüsse zu auf die Ernsthaftigkeit (evtl. auch auf die Glaubwürdigkeit) des Prozesses . . . Wenngleich den Fachbereichen freigestellt ist, den Fragebogen „in der Erprobungsphase nur als Muster“ zu verwenden und „eigene fach- und veranstaltungsspezifische Fragebögen“ zu entwickeln, sind die im Musterfragebogen enthaltenen Fragen als „Kernbestand anzusehen, die zwar sprachlich verändert werden können, aber der Sache nach in jedem Fall aufzugreifen sind“ [Zitate wieder aus dem o. a. Erlaß]. Nimmt man nun einmal dieses „Muster“ kritisch unter die Lupe, so drängt sich der Eindruck auf, daß hier entweder mit unglaublich heißer Nadel gestrickt wurde oder aber daß das mit der Erstellung des Fragebogens betraute Gremium schlicht überfordert war. Ich kann mir nach Durchsicht des Musterfragebogens nicht vorstellen, daß hier Leute mitgewirkt haben, die sich auf die Erstellung von Fragebögen oder



von Prof. Dr.-Ing. H. Netz, München,  
neu überarbeitet von Dipl.-Ing. F. Mayr, Neuried

3. Auflage 1991, DIN A5, 486 Seiten,  
178 Bilder und 224 Tafeln,

DM 118,-

Das Handbuch Wärme hilft seinem Benutzer bei der Betrachtung aller wärmetechnischen Abläufe. Der Leser erhält das unentbehrliche Rüstzeug, um mit Wärmeenergie sparsam und umweltschonend umzugehen. Das Buch enthält umfassende Beschreibungen, Definitionen, Richtlinien, Formeln (mit Berechnungsbeispielen), Tabellen, Diagramme und Abbildungen für alle Bereiche der Wärmetechnik.

Aus der Neubearbeitung des ursprünglichen Betriebs-taschenbuchs Wärme ergaben sich Aktualisierungen und ganz wesentliche Ergänzungen. So wurden beispielsweise nach den wichtigsten Kapiteln die einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes und teilweise auch der Länder mit Quellenangaben sowie die in Frage kommenden Regeln der Technik wie die des DIN, VDI, DVGW, VdTÜV, der VGB und vieler anderer angegeben.

 **Resch Verlag**

Postfach 1260 · 8032 Gräfelfing  
Telefon 0 89 / 8 58 07-0 · Telefax 0 89 / 8 58 07-61 · Telex 5 29 364

Ja, ich bestelle

\_\_\_\_\_ Exemplare **HANDBUCH WÄRME**  
DM 118,-

\_\_\_\_\_  
Name/Vorname

\_\_\_\_\_  
Firma

\_\_\_\_\_  
Straße/Postfach

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

gar auf die Erstellung von Beurteilungssystemen verstehen. Ich will dem Musterfragebogen gar nicht zuviel Ehre antun, aber einem Studenten der Sozialwissenschaften hätte es wohl schon nach dem zweiten Semester nicht mehr passieren dürfen, daß er beispielsweise eine schlichte Ja/Nein-Frage mit einer Skala kombiniert (siehe Frage 1 und Frage 3). Das ist schlicht handwerkliche Schlamperei. Eine besondere Delikatesse ist die „Rundum“-Frage 4, die zumindest verrät, daß die Autoren des Fragebogens mit dem Thema „Verständlichkeit“ nicht sonderlich vertraut sind. So sagt beispielsweise das sogenannte Hamburger Verständlichkeitsmodell (Langer & Schulz von Thun, 1974), daß Verständlichkeit aus mindestens vier Sub-Faktoren entsteht: sprachliche Einfachheit in Wortwahl und Satzbau, Gliederung/Strukturierung, Kürze (damit ist die Prägnanz und Konzentration des Stoffes, d. h. die „Dosierung pro Zeiteinheit“ gemeint) und die sogenannten „zusätzlichen Anreize“ (das bezieht sich auf die Attraktivität der Darbietung, also die Präsentation des Stoffes, wobei wiederum ein Faktor davon die „Veranschaulichung“ ist. Wenn nun der Fragebogen einerseits Verständlichkeit erfragt und zusätzlich die Strukturierung der Veranstaltung und die Veranschaulichung des Stoffes, dann ist das – gelinde gesagt – doppelt gemoppelt. Was dann aber wieder unter „Vortragsstil/Arbeitsstil“ zu verstehen ist – schließlich geht das auch nicht ganz ohne Verständlichkeit und Strukturierung ab –, müßte zumindest für mich dann noch genauer geklärt werden. Und so weiter.

Die eigentlich „heiße Kartoffel“ scheint mir jedoch die Frage nach der „persönlichen Präsenz“ zu sein, die ganz harmlos als Sub-Item unter der Überschrift „Durchführung der Lehrveranstaltung“ in Frage 4 daherkommt. Zudem wird Präsenz hier sozusagen als „Gesamt-Summe“ abgefragt. Nur, was wird sich denn später hinter einer kritischen oder gar negativen Skalenmarkierung verbergen? Ausfall der Veranstaltung? Vertretung? Unzureichende „Ausnutzung der Veranstaltungszeit“? Alles zusammen? Oder Kombinationen davon? Von Abwesenheit aus dienstlichen Gründen gar nicht zu reden. Nicht nur wegen dieser Unschärfen, sondern aus ganz anderen Gründen beschleicht mich hier ein mehr als ungesundes Gefühl: Immerhin werden hier Studenten aufgefordert, Kontrollfunktionen bezüglich der physischen Präsenz ihrer Professoren zu übernehmen. Ob sich wirklich alle Studenten in dieser neuen Rolle, ihren Professor zu „überwachen“, wohlfühlen? Big brother läßt grüßen . . . Man benötigt nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie sich diese Fragekategorie auf die gern beschworene vertrauensvolle Zusammenarbeit und das Gesprächsklima bei der gewünschten gemeinsamen Auswertungsbesprechung im Rahmen der studentischen Veranstaltungskritik auswirkt. Und wenn der Dienstherr Anlaß sieht, seinen Professoren in puncto Präsenz zu mißtrauen, dann sollte er klarere und direktere Wege finden, dieses Problem zu behandeln, als Studenten eventuell in die miese Rolle von Überwachungsagenten zu bringen.

#### Fazit

Wenn es bei der studentischen Veranstaltungskritik wirklich und ehrlich nur um das unmittelbare Feedback der Studenten an „den, den es angeht“ (siehe These 3), geht, dann höre ich sofort auf, mich an der Qualität des Beurteilungssystems zu reiben. Denn: Wenn die Verbesserung der Qualität der Lehre das von allen akzeptierte Hauptziel ist, hängt es nur von der Feedback- und Kommunikationsfähigkeit bei Professoren und Studenten ab, ob man selbst aus einer „Krücke“ von Fragebogen einen für alle Beteiligten fruchtbaren Dialog zu formen im Stande ist. Hochsensibel werde ich allerdings, wenn hinter einem Beurteilungsinstrument möglicherweise ganz andere Absichten stehen: „Vergleichbarkeit der Beurteilungsergebnisse“, „Verwendung eines einheitlichen Fragenkatalogs“, „zentrale maschinelle Auswertung“, Erfassung der „persönli-

chen Präsenz“ u. ä. – das alles sind Stichworte, die mich sehr hellhörig machen. Durch solche Formulierungen wird zumindest der Verdacht genährt, daß es vielleicht doch gar nicht so sehr um die Verbesserung der Qualität der Lehre geht, sondern daß hier auf Zentralisierung ausgerichtete Kräfte dahinter stehen, die das Beurteilungssystem für administrative (kontrollierende?) Zwecke nutzen möchten. Oder möchte man mit dem „Zuckerstück“ Professoren-Beurteilung (nicht nur) die Studenten von viel größeren Problemen oder anderen Vorhaben ablenken?

Falls das Ministerium diesen Eindruck von administrativer „Fernsteuerung“ oder auch verdeckter Kontrolle über den Weg einer „kommunikativen Mogelpackung“ mit dem Etikett „Verbesserung der Qualität der Lehre“ nicht erwecken möchte, dann wäre es sehr gut beraten, die Implementierung und die mit dem System der studentischen Veranstaltungskritik verbundenen Prozeduren noch einmal intensiv zu überdenken und wohl auch den Fragebogen noch etwas zu optimieren, um wirklich einen fruchtbaren Prozeß zur Verbesserung der Lehre an den Hochschulen in Gang zu setzen.

#### Was soll man nun tun?

Soll man es mit jenem Professor halten, der kürzlich meinte: „Wir haben schon Schlimmeres überstanden!“ und sich zum „Aussitzen“ entschließen? Ich habe mich dazu entschlossen, den Mund aufzumachen, und außerdem werde ich mich freiwillig an der Erprobungsphase beteiligen. Dabei werde ich selbstverständlich das vorgeschlagene Beurteilungssystem wie auch die vorgesehene Prozeduren mit meinen Studenten kritisch diskutieren. Dabei werde ich keinen Zweifel lassen, daß (auch) für Professoren ohne Feedback kein Lernen möglich ist – siehe oben. Und für die Bereitstellung eines außerordentlich praxis- und hautnahen Beispielfalles für eine meiner Lehrveranstaltungen geht bereits jetzt mein Dank an das Ministerium!

*Anschrift des Verfassers:*

*Professor Gerhard Comelli  
Werner-Gilles-Str. 10  
W-4050 Mönchengladbach 2*

Ludwig Gieseke

---

## Humboldt und die heutige Hochschule

---

*Der Verfasser dieses Beitrages, bis Ende 1990 Leiter der Unterabteilung Hochschulpolitik und Hochschulstruktur im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, ist den Lesern der DNH wohlbekannt. Er hat die Thesen für die diesjährige Tagung der Ständigen Konferenz für Hochschulfragen des Europarates<sup>1</sup> vorbereitet und darüber bereits in Heft 12/1991 DUZ berichtet. Die Konsequenzen für die Fachhochschulen müssen noch ausgelotet werden; dies kann aber erst in einem späteren Heft dieser Zeitschrift geschehen.*

Wilhelm von Humboldt (1767 bis 1835) hat im Zusammenhang mit der Gründung der Universität Berlin im Jahre 1810

<sup>1</sup> 19.–21. März 1991 in Berlin. Dies war das Hauptthema der Tagung. Die rund 70 Teilnehmer (Vertreter staatlicher Hochschulverwaltungen und Hochschulvertreter) kamen aus 28 europäischen Staaten. Erstmals nahmen auch Delegationen aus der Tschechoslowakei und der Sowjetunion teil. Jugoslawien, Ungarn und Polen arbeiteten schon bisher im Europarat mit.

eine Reihe von wichtigen Leitgedanken formuliert, die in Europa und darüber hinaus für die Entwicklung der Universitäten entscheidende Bedeutung bekommen haben. Humboldts Gesamtkonzeption für die Universität ist zwar niemals vollständig verwirklicht worden. Seine Idee der „Bildung“, die in der Universität vor allem von der Philosophie, der Mathematik und den Altertumswissenschaften vermittelt werden sollte, war vielleicht schon damals kaum zu realisieren. Sie ist von seinen Nachfolgern auch nie als eine „Bibel“ verstanden worden. Losgelöst von Humboldts sehr persönlichen weltanschaulichen und philosophischen Überlegungen sind einige seiner Grundsätze aber im Laufe des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Entwicklung der Wissenschaften und der Bedingungen für wissenschaftliche Arbeit so ausgeformt worden, daß sie nach wie vor Geltung beanspruchen können. Vor allem waren und sind dies die folgenden Grundsätze für Struktur und Organisation der Universitäten:

- Die Verbindung von Forschung und Lehre in einer Institution, kurz: die Einheit von Forschung und Lehre,
- die Freiheit der Wissenschaft in Lehre und Forschung und als deren Konsequenz,
- die Autonomie, also die Selbstverwaltung der Wissenschaft in Forschung und Lehre.

Diese Grundsätze werden in entsprechender zeitgemäßer Ausformung auch für die heutigen Hochschulsysteme mit großen Studentenzahlen als weiterhin gültig angesehen. Zum Ausdruck kommt dies in den folgenden Thesen für die Diskussion.

## Thesen für die Diskussion

### 1. Verbindung von Forschung und Lehre

Die Verbindung von Forschung und Lehre muß in allen Hochschulen gewährleistet sein. Allerdings:

1.1 Diese Verbindung kann sehr differenziert ausgestaltet sein, wobei die beiden Funktionen unterschiedliche Gewichte erhalten können:

- So wird in bestimmten Hochschularten vor allem Grundlagenforschung betrieben, während für andere angewandte Forschung oder Entwicklung kennzeichnend sind.
- In einigen Hochschulen ist die Forschung vor allem eine Grundlage für die Lehre, während in anderen Forschung auch unabhängig von der Lehre die gleichwertige Funktion hat, unser Wissen zu erweitern.
- In bestimmten Hochschularten ist die Verbindung von Forschung und Lehre kennzeichnend sowohl für die Institution als auch für alle oder nahezu alle Lehrkräfte, während in anderen Hochschularten Forschungstätigkeiten nicht für alle Lehrkräfte zu den regulären Aufgaben gehören.

1.2 Im heutigen Hochschulsystem mit umfangreichen Ausbildungsaufgaben kann nicht mehr für alle Studenten die „Einheit von Forschung und Lehre“ verwirklicht werden, insbesondere nicht für alle Studenten in einer ersten Studienphase von drei bis vier Jahren. Zunächst muß ein Grundbestand an Fachwissen erworben werden. Vor allem für graduierte Studenten und Studenten im Doktorandenstudium ist die Verbindung von Forschung und Lehre aber nach wie vor unverzichtbar.

### 2. Freiheit der Wissenschaft

Die Freiheit der Wissenschaft ist nach wie vor wichtigste Grundlage für Forschung und Lehre an den Hochschulen. Sie muß in nicht wenigen europäischen Hochschulen wiederhergestellt werden. Allerdings:

2.1 In der Forschung muß es zwar bei der Entscheidung der Wissenschaftler über die Ziele ihrer Forschungsvorhaben bleiben, ebenso bei der Verantwortung des Wissenschaftlers für die Anwendung seiner Forschungsergebnisse. Doch tritt an die Stelle von Humboldts Leitbild von „Einsamkeit und Frei-

heit“ in der Forschung der Gesichtspunkt der „Offenheit und Distanz“. Die Hochschulforschung muß heute offen sein für die Erwartungen der Gesellschaft an die Ergebnisse der Arbeit in den Hochschulen, was deren Veröffentlichung innerhalb angemessener Zeit einschließt. Dabei muß eine angemessene Distanz von Verwertungsmöglichkeiten künftiger Forschungsergebnisse stets auch wissenschaftliche Vorhaben ermöglichen, deren Bedeutung und Verwertbarkeit sich noch nicht übersehen läßt. Die Arbeitsrationalisierungen der modernen Produktion müssen auch auf die Produktivität der Forschung angewendet werden: Bei Forschungsvorhaben mit hohem Mittelbedarf sind Abstimmung und Konzentration unvermeidlich.

2.2 Die Lehre muß berücksichtigen, daß die Hochschulen heute umfangreiche Ausbildungsaufgaben haben. Die Lehrfreiheit der Professoren sichert deshalb vor allem die inhaltliche und methodische Gestaltung der Lehrveranstaltungen. Sie schließt z. B. Organisationsregelungen der Hochschulen für den Lehrbetrieb und die Lehrtätigkeit des einzelnen Professors nicht aus.

### 3. Hochschulselbstverwaltung

Die Hochschulautonomie, also die Hochschulselbstverwaltung, muß mehrere Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte beachten:

- In der modernen Hochschule kann das klassische Modell der Selbstverwaltung durch (nebenamtlich tätige) Professorenkollegien und Professoren nicht mehr ausreichen. Viele Hochschulen sind „Großbetriebe“ geworden, die ein wirksames hauptberufliches Management erfordern, auf der Ebene der Hochschule ebenso wie auf der Fachbereichsebene.
- Die Mitwirkung besonders der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten an der Selbstverwaltung hat – in unterschiedlichen Formen – zunehmend Bedeutung bekommen.
- Das Verhältnis der Hochschulen zum Staat wird durch die Begriffe „Selbstverwaltung“ und „Staatsverwaltung“ nicht mehr hinreichend beschrieben. Zwischen diesen Bereichen wird ein neuer dritter Bereich immer umfangreicher und wichtiger, in dem sich die beiderseitigen Aufgaben nicht reinlich scheiden lassen, sondern nur im „Zusammenwirken“ von Hochschulen und Staat wahrgenommen werden können.

Das bedeutet im einzelnen:

3.1 Die Verantwortung des Staates bezieht sich nicht nur auf die „äußeren Angelegenheiten“ der Hochschulen, wie ihre Finanzierung und ihre personelle Ausstattung. Der Staat muß auch das „innere Funktionieren“ der Hochschule als einer Stätte freier Wissenschaft und wissenschaftlicher Berufsvorbereitung gewährleisten; dazu gehören – nicht zuletzt wegen der zunehmenden Internationalisierung im Hochschulbereich – Fähigkeit und Bereitschaft zu nötigen Weiterentwicklungen von Strukturen und Studienangeboten.

3.2 Die staatliche Hochschulpolitik (einschließlich der Gesetzgebung) muß darauf achten, daß die Bereitschaft der Hochschulen zur Lösung ihrer Aufgaben in eigener Verantwortung gefördert und nicht gelähmt wird. Dazu gehört die Einräumung einer hinreichend großen Selbständigkeit in Planung und Organisation sowie bei Bewirtschaftung und Einsatz der den Hochschulen zugewiesenen staatlichen Finanzmittel.

3.3 In weiten Bereichen darf der Gesetzgeber nur „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten. Allerdings hat der Gesetzgeber an „Nahtstellen“, wo sich Interessen der Hochschulen mit den Interessen der Gesellschaft berühren, eine Entscheidungspflicht; das gilt etwa für den Zugang zur Hochschule und die Dauer des

Studiiums und überhaupt überall dort, wo Gesamtzusammenhang und Übersichtlichkeit des Hochschulsystems gewahrt sein müssen.

3.4 Häufig muß in den Hochschulen die Angst vor der Eigenverantwortung in vielen Angelegenheiten überwunden werden. Eine neu definierte Autonomie zu verwirklichen, ist zwar mit Schwierigkeiten verbunden. Wenn die Hochschulen sich den hier gestellten Aufgaben aber nicht stellen, müssen sie mit staatlichen Maßnahmen auch im Bereich der Selbstverwaltung rechnen.

3.5 Die Hochschulen müssen einem wachsenden öffentlichen Interesse an der effizienten und leistungsorientierten Verwendung der ihnen bewilligten staatlichen Mittel Rechnung tragen. Die Überprüfbarkeit des Mitteleinsatzes in den Hochschulen wird immer wichtiger. Die dafür möglichen Instrumente können auch von den Hochschulen selbst genutzt werden, um sich interne Argumentations- und Entscheidungsräume zu schaffen, also als Instrumente der Selbststeuerung im Rahmen einer neu konzipierten Selbstverwaltung.

## Die Diskussion

Diese Thesen fanden in der Diskussion weitgehend Zustimmung. Man war sich darüber einig, daß Humboldts Ideen, entwickelt für die (kleine) Elite-Universität von 1810, heute angesichts der großen und differenzierten Hochschulsysteme zu „einfach“ sind, um sie generell direkt anwenden zu können. Man war sich auch darüber einig, daß der noch in den 60er Jahren erhobene Vorwurf, in den Universitäten werde Wissenschaft im „Elfenbeinturm“ betrieben, nicht mehr berechtigt ist, nachdem die Universitäten sich für breitere Bevölkerungsschichten geöffnet haben. Kritisch klang allerdings auch an, daß erst die Studentenbewegung von 1968 nötig gewesen sei, um die Weiterentwicklung eines in mancher Weise überholten Universitätssystems (für das sich nicht wenige auf Humboldt berufen haben) in Gang zu bringen. Die Position, daß in differenzierten Hochschulsystemen auch künftig – allerdings modernisierte – Universitäten mit deren klassischen Aufgaben erforderlich seien, fand keinen Widerspruch.

Humboldts Konzeption konnte die wichtigen „Dienstleistungsaufgaben“ der heutigen Hochschulen für die Gesellschaft noch nicht einbeziehen. Für viele junge Menschen steht verständlicherweise die Berufsvorbereitung an der Hochschule im Vordergrund (die Persönlichkeitsbildung durchaus einschließen kann), nicht eine Bildung im Sinne Humboldts. Dies ist auch die Erwartung der staatlichen Seite: qualifizierte Ausbildung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft; sie gibt auch soziale Sicherheit in schwierigen Prozessen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandlungen. Ähnliches gilt für den Bereich der Forschung. Prägnant wurde als Fazit für die verschiedenen Funktionen der Hochschulen zusammengefaßt: Zugleich Abstand und Hinwendung zur Gesellschaft.

Jedenfalls müssen die Hochschulen damit rechnen, künftig mehr als bisher auf eine verantwortungsbewußte Wahrnehmung ihrer Aufgaben für Gesellschaft und Wirtschaft beobachtet zu werden – das klang in mehreren Beiträgen an. Das öffentliche Interesse an dem, was in den Hochschulen geschieht, wächst. Begriffe wie „Effizienz“ und „Produktivität“ bekommen dabei größere Bedeutung. Daß die Nachfrage, also ein „Markt“, die Aktivitäten der Hochschulen noch stärker beeinflussen wird, wurde mehrfach unterstrichen.

*Anschrift des Verfassers:*

Dr. Ludwig Gieseke  
Nachtigallenstr. 9  
5300 Bonn 2 (Bad Godesberg)

# Transformation einer Hochschule

*Im Januar dieses Jahres hatte ich der Redaktion dieser Zeitschrift versprochen, mich zu hochschulpolitischen Problemen um die und innerhalb der Ingenieurhochschule Mittweida zu äußern. Ich habe die Redaktion sechs Monate darauf warten lassen. Eine Entschuldigung dafür möchte ich nicht geben. Ich hoffe aber, daß beim Lesen dieses Aufsatzes die Hintergründe für mein zögerliches Verhalten erfaßbar werden.*

Sachsen ist ein hochschulreiches Land. Die meisten Hochschulen verfügen über eine lange und ehrwürdige Tradition. Zu ihrer Gründerzeit gehörte Sachsen zu den reichsten Gebieten Deutschlands. Die Geschichte hat uns die Hochschulen gelassen und den Reichtum genommen. Wie geht es weiter mit den Hochschulen? Diese Frage wird nicht nur im Freistaat Sachsen diskutiert. Dazu schreibt BARKLEIT in der Deutschen Universitätszeitung 12/1991: „Beinahe jede derzeitige Hochschule entwickelt den Ehrgeiz, Universität zu werden. Eine Perspektive als Fachhochschule (FH) wird nicht in Erwägung gezogen. Eine Ausnahme ist die Ingenieurhochschule Mittweida, die von Anfang an konsequent auf den FH-Status hingearbeitet und dafür auch Unterstützung gefunden hat.“ Der Autor beruft sich weiterhin auf den wissenschaftspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90/Grüne des Freistaates Sachsen, der Mittweida als Modell für eine rigorose Personalpolitik gegenüber den Nutznießern der realsozialistischen Kaderpolitik ansieht.

Woher kommt die Konsequenz der Ingenieurhochschule Mittweida? Sachsen ist nicht so dicht besiedelt wie Nordrhein-Westfalen, aber dichter als Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Die sächsischen Hochschulen konzentrieren sich auf die Standorte Dresden, Leipzig, Chemnitz, Freiberg, Zwickau und Zittau (Bild 1).

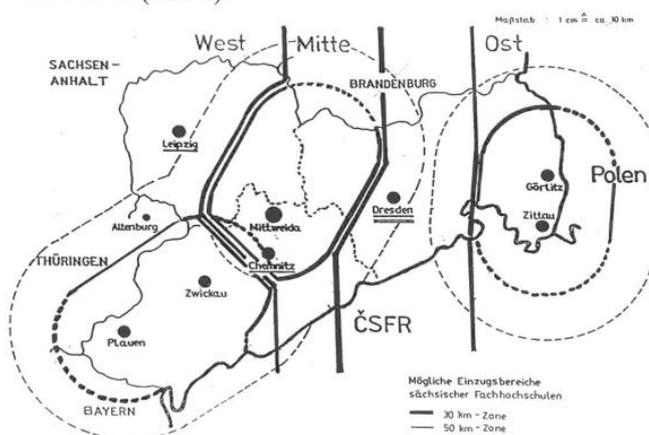


Bild 1: Hochschulstandorte im Freistaat Sachsen

Der Standort Mittweida stellt eine Ausnahme dar. Einst als private Lehranstalt – Technikum Mittweida – 1867 gegründet, verfügte es über 2 000 Studenten (bis zu 50% Ausländer) und namhafte Absolventen. Die DDR-Hochschulpolitik machte aus dieser Bildungsstätte die kleinste technisch-orientierte Hochschule der DDR. Eine Fusion mit der Technischen

Universität Chemnitz lag sehr nahe. Fusionsgedanken sind für Mittweida nachzuvollziehen bis 1936. In jenem Jahr wurde die Ausbildungsstätte verstaatlicht. Stets hätte die Fusion den Verlust der eigenständigen und stark praxisnahen ausgeprägten Ausbildung bedeutet. Das Gründungsanliegen des Technikums Mittweida im Jahre 1867 und die Gründungskonzeption der Ingenieurhochschule zeitgleich zu den Fachhochschulen in den alten Bundesländern unterscheiden sich nicht so stark, wie sehr oft behauptet. Ein zweiter Gesichtspunkt ist nachzutragen. Das Hochschulwesen des Freistaates Sachsen beschäftigt 24 000 Hochschullehrer und Mitarbeiter. Um adäquate Verhältnisse zu Baden-Württemberg herzustellen, dürften nur zwei von fünf ihren Arbeitsplatz im Hochschulwesen behalten. Würde die Ingenieurhochschule Mittweida in dieser Situation ihre praxisgebundene Ausbildung aufgeben und über den Weg der Fusion einen universitären Status anstreben, wäre das die gegen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates gerichtete Selbstaufgabe.

Wenden wir uns der Personalfrage zu. Ich bitte jeden Rektor oder Präsidenten einer Fachhochschule in den alten Bundesländern, sich vorzustellen, daß er morgen der Hälfte seiner Mitarbeiter die Kündigung aussprechen muß, um die Relation zwischen Lehrenden und Studenten auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Denn die Betreuungsrelation an Hochschulen der neuen Bundesländer lag jenseits der Wirtschaftlichkeitsgrenze. Gleichzeitig müssen die Probleme der personellen Erneuerung, wie sie in den neuen Bundesländern anstehen, gelöst werden. Es stehen Menschenschicksale dahinter. Wieviel Spielraum liegt zwischen der biblischen Wandlung vom Paulus zum Saulus und dem Beharren des Bruders Eichmann? Hat nicht jeder einmal als DDR-Bürger sich wie Petrus, ehe der Hahn kräht, dreimal verleugnet? Das ist es, was die Prozesse der personellen Erneuerung und der Strukturfindung auch im Hochschulwesen so erschwert und verzögert. Wie weit der Prozeß der personellen Erneuerung an der Ingenieurhochschule, bezogen auf die alte Leistungsstruktur, gediehen ist, wird in Bild 2 verdeutlicht. Besonders die hauptamtlichen Stel-

#### LEITUNGS STRUKTUR INGENIEURHOCHSCHULE MITTWEIDA

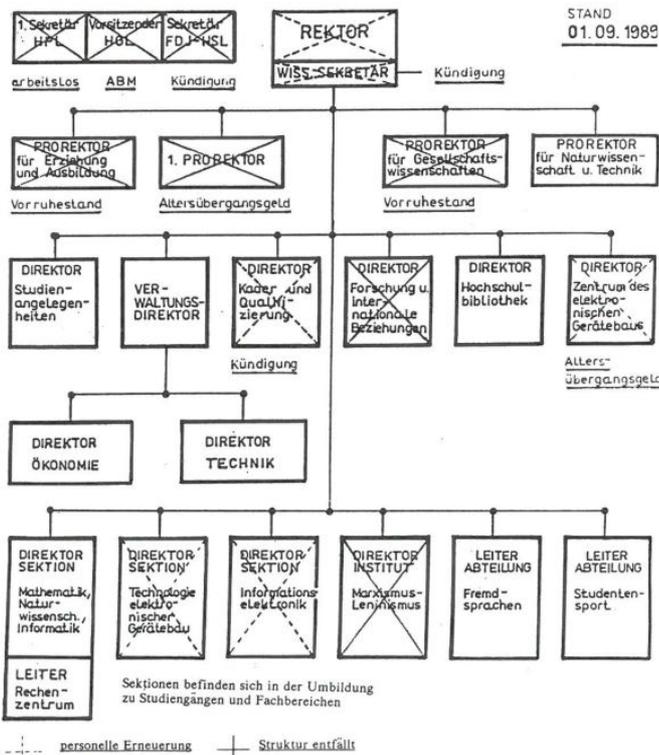


Bild 2: Prozeß der personellen Erneuerung an der IHM

len im Bild links oben waren dem DDR-System geschuldet. Das System bildete aber auch den Hintergrund für die aus Sicht der Fachhochschulen alter Bundesländer prächtige Betreuungsrelation zwischen Mitarbeiter und Studenten.

Die zukünftigen Strukturen werden geprägt sein durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Kommission „Fachhochschule 2000“ Baden-Württemberg. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt fehlt eine dritte Orientierung. Das ist eine Strukturkonzeption, die alle möglichen und zugleich notwendigen Fachhochschulstandorte und Studiengänge unter Beachtung der Wirtschaftsstruktur des Freistaates Sachsen erfaßt. Das Drängen von Mittweida einerseits und das zögerliche Verhalten zur Fachhochschule an anderen Hochschulorten führt dazu, daß die Schrittfolge zur Fachhochschuletablierung in Sachsen beeinträchtigt wird. Ungeachtet dessen hat die Ingenieurhochschule Mittweida bereits jetzt mit dem gezielten Personalabbau begonnen. Die Betreuungsrelation zwischen Professoren und Studenten soll 1:20 betragen, bezogen auf eine Studentenzahl von 2000 bis 3000. Das Verhältnis zwischen Professoren und weiteren Mitarbeitern soll annähernd 1:1,5 betragen. Damit entfällt jeder zweite Arbeitsplatz an der Ingenieurhochschule Mittweida. Trotzdem liegt diese Personalausstattung erheblich über derjenigen in Altbundesländern, wo die Fachhochschulen zur Zeit von Überlastproblemen betroffen sind. Die Gesichtspunkte sollten jedoch folgende sein:

1. Auch der rigoroseste Personalabbau hat seine Grenzen. Es gilt, für die Studenten das geordnete Studium zu sichern. Es wäre schlimm, wenn durch ungeordnete Verhältnisse die Studenten zum vorzeitigen Verlassen ihres Studienortes animiert würden. Derartige Tendenzen sind an anderen Hochschulorten der neuen Bundesländer bereits feststellbar.
2. Die Überlastsituation der Fachhochschule in alten Bundesländern kann nicht Planungsgrundlage für den Aufbau von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern sein. Sollte man wirklich die Genesenden vorzeitig in den Wettkampf schicken und ihnen – damit sie nicht gewinnen – noch die Schuhe wegnehmen?

#### AUSBILDUNGS ABLAUF an der Ingenieurhochschule Mittweida

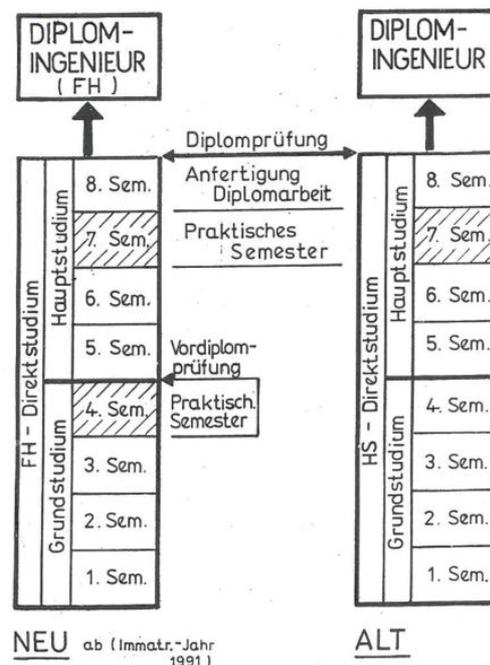


Bild 3: Ausbildungsablauf – Vergleich zwischen Fachhochschule und Ingenieurschule

- Gemäß Einigungsvertrag erhalten Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer nur 60% der Bezüge, bezogen auf die Altbundesländer. Bis 1993 tritt deshalb keine Überfinanzierung auf.
- Durch eine bessere und individuellere Betreuung der Studenten sind sachliche Mängel in der gegenwärtigen Laborausstattung auszugleichen.
- Als Partner der Industrie betrieben die Ingenieurhochschulen eine umfangreiche anwendungsorientierte Forschung. Auch Fachhochschulen in den alten Bundesländern streben den Aufbau der Forschung an. Das vom Mittelbau getragene Forschungspotential der Ingenieurhochschule sollte deshalb nicht zerschlagen werden.

Der letzte Punkt zeigt, daß die Ingenieurhochschulen und technischen Hochschulen in die Fachhochschullandschaft Bewahrenswertes einbringen. Ein Beispiel dafür ist die Promotionsfrage, die in den alten Bundesländern heiß umstritten ist. Gegenwärtig ist die in weiten Teilen der Presse betriebene pauschale Verurteilung der Hochschulen der ehemaligen DDR, von der Universität über die Technische Hochschule bis hin zur Ingenieurhochschule nicht mehr zu überbieten. Breite und Tiefe der wissenschaftlichen Ausbildung wird unabhängig von der Hochschulart angezweifelt.

Bild 3 stellt den Vergleich zwischen dem Ausbildungsablauf zum Diplomingenieur (FH) und Diplomingenieur bisheriger Prägung dar. In Bild 4 wird die Struktur der Studienanfänger

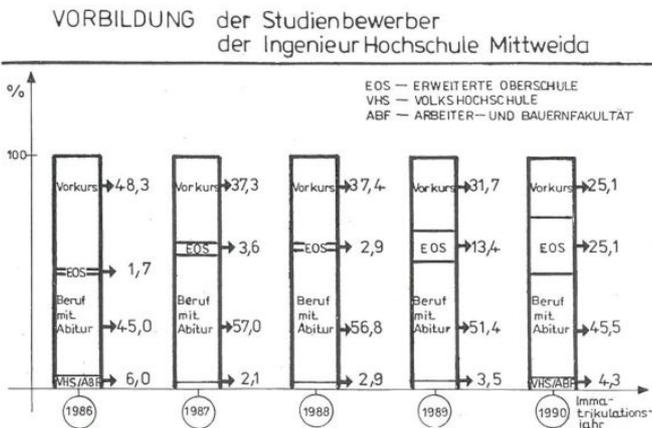


Bild 4: Zugangsvoraussetzungen der Studienanfänger

unter dem Gesichtspunkt praktischer Vorkenntnisse analysiert. Die Absolventen der Fachhochschule und Ingenieurhochschule haben also im Studium über den „Weg der schwarzen Fingernägel“ praktische Erfahrungen gewonnen. Weil das 4. Semester kein praktisches Semester war, konnte die Grundlagenausbildung breiter angelegt werden. Im Studentafelvergleich zwischen Fachhochschulausbildung und Ingenieurhochschule in den Fächern Mathematik, Physik, Grundlagen der E-Technik, Werkstofftechnologie und Informatik liegt die Ingenieurhochschule stets vorn. Auf diesem Wege wurde auch der durch staatlich verordnete Ideologieausbildung bedingte Stundenverlust ausgeglichen.

Der Weg, den die Ingenieurhochschule Mittweida beschritten hat, beruht auf der Einsicht in die Notwendigkeit. Dabei gerät diese Hochschule in die Gefahr, Dinge zu verlieren, um welche die Fachhochschulen der alten Bundesländer kämpfen. Wenn die Konsequenz, mit der Mittweida den Weg der Transformation beschreitet, Anerkennung findet, so sind es die Angehörigen der Mittweidaer Hochschule selbst, die am besten das Zögern der anderen Hochschulen Sachsens verstehen können, den Weg zur Fachhochschule zu beschreiten.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr.-Ing. habil. Reinhard Schmidt  
 Feuerbachstraße 14  
 O-8020 Dresden

## Buchbesprechungen

### Elektrotechnik

Von R. Paul, Springer, Berlin, 2. Aufl. 1990.

Bd. 1: Felder und einfache Stromkreise, 401 S., DM 74,—

Bd. 2: Netzwerke, 423 S., DM 74,—

Die erste Auflage dieses umfangreichen Grundlagen-Werkes wurde in DNH 6/1985 besprochen. Dem ersten Band hat der Verfasser einen neuen Abschnitt über das mechanische Drehmoment von Dipolen in elektrischen und magnetischen Feldern hinzugefügt. Die Neuauflage bot die Möglichkeit zu Korrekturen und weiteren Ergänzungen. Wiederum erfährt der Leser das Grundlagen-Wissen in einer anschaulichen und eingehenden Weise. Nach der Feststellung, daß Vierpole und Schaltvorgänge auf jeweils 70 Seiten, Drehstromsysteme und Transformatoren hingegen nur auf jeweils 10 Seiten beschrieben sind, kann man schließen, daß der Verfasser im zweiten Band über Netzwerke der Vermittlung der nachrichtentechnischen Grundlagen besondere Bedeutung beimißt.

Meerbeck

### Nachrichtentechnik

Von E. Herter und W. Lörcher, Hanser, München, 5. Aufl., 1990, 430 S., DM 46,—

Die nunmehr vorliegende 5. Auflage spricht für die gute Aufnahme, die dieses Lehrbuch seit Erscheinen der 1. Auflage 1976 gefunden hat.

Die 4. Auflage wurde im Vergleich zu den vorhergehenden völlig neu bearbeitet. Neben der Aufnahme modernster Gebiete wie z. B. ISDN wurde der Stoff neu gegliedert. In der 5. Auflage wurde das Literaturverzeichnis erweitert, der Stoff unverändert übernommen.

Dieses Lehrbuch der Nachrichtentechnik enthält alle wichtigen Teilgebiete der Nachrichtentechnik: Übertragung, Vermittlung und Verarbeitung. Es liegt auf der Hand, daß bei einem solch umfangreichen Gebiet eine knappe Darstellung unvermeidbar ist; die Verständlichkeit wird dadurch nicht beeinträchtigt.

So ist dieses Werk nicht nur für den Praktiker als Einstieg in die modernen Gebiete der (digitalen) Nachrichtentechnik empfehlenswert, sondern auch für Studierende der Nachrichtentechnik, die hier eine umfassende und übersichtliche Darstellung vorfinden.

Rüpke

### ISDN — Die Technik

Von A. Kanbach und A. Körber, Hüthig, Heidelberg, 1990, 286 S., DM 78,—

Dieses Buch behandelt die Grundlagen der modernen rechnergesteuerten Kommunikationstechnik. Protokolle als Grundlage der Zeichengabe und das OSI-Modell als Bezugsmodell der Verbindung offener Systeme stehen im Mittelpunkt der Darstellung. Dem Leser wird deutlich, wie weit sich diese neue Technik von der bisher verwendeten meist analogen Vermittlungstechnik entfernt hat.

Der systematische Aufbau des Buches erleichtert das Verständnis der komplexen Materie. Der Leser wird zwar mit einer Vielzahl von Begriffen überflutet, neueingeführte Begriffe und Definitionen werden jedoch am Ende eines Abschnittes nochmals in einer Tabelle zusammengestellt.

Der bisherige Stand der Vermittlungstechnik wird in der Einführung kurz zusammengestellt, dennoch setzt das Studium des Buches Kenntnisse der Nachrichtentechnik einschließlich digitaler Methoden voraus. Es richtet sich daher an den in der Praxis stehenden Ingenieur, ist auch für Studenten der Nachrichtentechnik in den Abschlußsemestern durchaus empfehlenswert.

Rüpke

### CIM-Lexikon

Von S. Vajna und J. Schlingensiepen, Vieweg, Braunschweig 1990, 527 S., DM 69,—

Das Lexikon enthält 1676 Stichworte und Abkürzungen aus dem Bereich der C-Techniken der Ingenieurwissenschaften. Es wendet sich an ein breites Publikum und enthält allgemeinverständliche Erklärungen, mit Abbildungen. Es kann einer Hochschulbibliothek zur Anschaffung empfohlen werden.

Walden

## Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre

Von G. Wöhe, 17. erweiterte Aufl., München, Vahlen 1990, 1375 S., DM 54,-, ISBN 3 8006 1472 3

Die unter Mitarbeit von Ulrich Döring überarbeitete und erweiterte 17. Auflage des bekannten Standardwerkes der Betriebswirtschaftslehre weist gegenüber der 16. Auflage (1986) folgende Änderungen auf:

Stoffgebiet	Seitenanzahl	16. Auflage	17. Auflage
<b>A) Hauptänderungen:</b>			
Computergestützte Informationswirtschaft	51	-	+
Die betriebswirtschaftliche Statistik und Vergleichsrechnung	51	+	-
<b>B) Kleinere Änderungen:</b>			
Erweiterung um „Die Entwicklung der Betriebswirtschaftslehre seit dem 2. Weltkrieg“	7	-	+
„Die Mitbestimmung nach dem Sprecherausschußgesetz“	3	-	+
„Die strategische Planung“	10	-	+
Sonstiges	10	-	+
Textseiten	1274	1304	

-: Nicht vorhanden (16. Aufl.) bzw. nicht mehr vorhanden (17. Aufl.)  
+: Vorhanden (16. Aufl.) bzw. zusätzlich vorhanden (17. Aufl.)

Weggefallen ist in der 17. Auflage der bisher in allen Auflagen behandelte Abschnitt „Die betriebswirtschaftliche Statistik und Vergleichsrechnung“ mit Begriff und Aufgaben der betriebswirtschaftlichen Statistik, Darstellung des statistischen Zahlenmaterials, Betriebsvergleich. Dieses Teilgebiet als Bestandteil des betrieblichen Rechnungswesens geht noch auf den sog. Buchführungserlaß von 1937 zurück. Bei der zunehmenden Spezialisierung der betriebswirtschaftlichen Nachbardisziplinen ist es vertretbar, dieses Gebiet nicht mehr, wie meist üblich, separat im Rahmen der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre zu behandeln.

Die entscheidende Aktualisierung der 17. Auflage liegt in der Anbindung dieses Lehrbuches an die EDV-Ausrichtung dieser betriebswirtschaftlichen Grundlagen.

In dem neuen Abschnitt „Computergestützte Informationswirtschaft“ werden behandelt Begriffe der Information, Phasen des Informationsprozesses mit Ermittlung des Informationsbedarfes, der -beschaffung, der -speicherung und der -verarbeitung; ferner Darstellung des funktionalen Aufbaus einer EDV-Anlage und Erläuterung der wichtigsten Systemkomponenten. Mit einer kurzen Darstellung der EDV-Software und der Datenfernverarbeitung schließt dieser Abschnitt ab.

Leicht verständliche Darstellung ohne unnötige Überlastung durch das sonst übliche EDV-Sprachgewirr, Beschränkung auf die allgemeingültigen Grundlagen ohne Ausweitung auf branchenindividuelle Besonderheiten zeichnen diesen Abschnitt aus, ein Musterbeispiel für die Zielsetzung der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre, nur die branchenneutralen Problemkreise zu behandeln. Gehlert

## Die CA . . . -Techniken in der industriellen Praxis

Von O. Abeln, Hanser, München 1990, 542 S., DM 128,-

Das Buch trägt seinen Untertitel „Handbuch der computergestützten Ingenieurmethoden“ zu Recht. Es ist in die Themenkreise konstruktive, planerische, operative und systemintegrierende Ingenieurmethoden unterteilt und zeigt die Fülle der Möglichkeiten des Computereinsatzes auf allen Gebieten des Ingenieurwesens. Es besticht durch seine Flut von instruktiven Anwendungsmöglichkeiten, mit zahlreichen Abbildungen, durch die auch die technischen Möglichkeiten des Rechners offenbart werden. Es gibt wohl kein moderneres Einsatzgebiet, das nicht erwähnt wurde. Das Buch muß allen Studenten und Dozenten empfohlen werden, die einen umfassenden und fundierten Überblick über den Computereinsatz im Ingenieurwesen suchen. Zahlreiche Literaturhinweise, getrennt zu jedem Abschnitt, geben dem Buch den Charakter eines Nachschlagewerks. Walden

## Künstliche Intelligenz in der Technik

Von W. Bruns, Hanser, München 1990, 1265, DM 32,-

Das Buch kann allen denen als erste Einführung dienen, die wissen wollen, was es mit diesem schillernden Begriff auf sich hat. Einige Beispiele der Anwendungen von KI-Methoden (Verarbeitung natürlicher Sprache, Bildverarbeitung und Mustererkennung, Robotics, Expertensysteme, lernende Prozesse) werden kurz vorgestellt. Viele Literaturhinweise machen das Buch zu einer nützlichen Informationsquelle. Allen Beispielen ist die Methode der Logik-Programmierung gemeinsam. Es bleibt die Frage nach den verbindenden theoretischen Grundlagen des KI. Walden

## Schnelle Hartley-Transformation

Von R. H. Bracewell, Oldenburg, München 1990, 257 S., DM 68,-

Die Hartley-Transformation ist die reellwertige Alternative zur Fourier-Transformation. Der Autor beschreibt die Analogien in Theorie und Praxis (digitale Filterung, zweidimensionale Transformation, schneller Algorithmus). Das Buch ist ein Lehrbuch mit Übungsaufgaben, Programmen und einem Atlas der H-Transformationen. Es ist ohne übertriebenen mathematischen Formalismus geschrieben und Studenten, Dozenten und Praktikern, insbesondere der Nachrichtentechnik, zu empfehlen. Walden

## Numerische Mathematik 2

Von J. Stoer und R. Bulirsch, Springer, Berlin, 3. Aufl. 1990, 341 S., DM 32,-

Auch der zweite Band (1. Band siehe DNH/90) berücksichtigt in seiner Neuauflage wichtige Entwicklungen der Numerik: Mehrgitterverfahren, Prädiktionstechniken beim konjugierten Gradientenverfahren, Shifttechniken bei der Berechnung von QR-Zerlegungen, das Verfahren von Lanczos zur Tridiagonalisierung hermitescher Matrizen. Ein Abschnitt über implizite DGL'en und differential-algebraischer Gleichungen ist hinzugekommen. Das Lehrbuch, in neuer handlicher Form, setzt Maßstäbe für eine Numerik-Vorlesung und ist jedem Studenten der angewandten Mathematik zu empfehlen. Walden

## Radioaktivität

Grundlagen, Messung und Anwendung

Von W. Stolz, Hanser, München 2. Aufl. 1990, 216 S., DM 42,-

Zehn Jahre nach der bewährten ersten Auflage wird jetzt eine aktualisierte Fassung vorgelegt. Das handliche Buch vermittelt in klarer Form einen leichten Einstieg in die wesentlichen Grundlagen der Kernphysik. Der in 11 Kapiteln gegliederte Stoff umfaßt den Aufbau der Atomkerne, die natürlichen und künstlichen Kernumwandlungen, die Wechselwirkungen ionisierender Strahlung mit Atomen und Materialschichten, die verschiedenen Meßverfahren, die Anwendung radioaktiver Nuklide und die wichtigsten Gesetzmäßigkeiten zum Strahlenschutz.

Das Buch ist zugleich ein guter Begleiter für Lehrgänge und Praktika, die das Gebiet der Radioaktivität und der angewandten Kernphysik zum Gegenstand haben. Es kann uneingeschränkt sowohl Studierenden der verschiedensten Fachrichtungen als auch Ingenieuren und Lehrkräften empfohlen werden, die sich schnell einen auf die wesentlichen Dinge beschränkenden Überblick über das Gebiet der Kernphysik erarbeiten möchten. Ein weiterführendes Literaturverzeichnis wird darüber hinaus ein vertieftes Studium erleichtern. Schwermann

## Konfliktfrei führen?

Mitarbeiter zu Höchstleistungen motivieren und führen

Von E. Seidel, HelfRecht, Bad Alexanderbad 1990, 245 S., DM 90,-

Das Arbeitsbuch, entstanden aus der eigenen langjährigen Praxis des Autors als Unternehmer und Unternehmensberater sowie Seminartrainer, wendet sich an Unternehmer und Führungskräfte, die über die enthaltenen Arbeitsaufgaben zu praxisbezogenen Anregungen kommen wollen. Behandelt werden: Führungsstile, Delegations- und Informationsprobleme sowie Führungsfehler. Das Buch ist aufwendig gestaltet.

Es ist vom Praktiker für den Praktiker geschrieben und dürfte daher – auch vom Preis her – für den Hochschulbereich kaum einsetzbar sein. Golas

## Römpp Chemie Lexikon

Band 2: Cm – G

Von J. Falbe und M. Regitz (Hrsg.), Thieme, Stuttgart, 9. Aufl. 1990, 916 S., Gesamtpreis (Bd 1–6) DM 1428,–

Der planmäßig erschienene zweite Band des „Römpp“ bestätigt den positiven Eindruck, den sein Vorgänger hinterlassen hat. Neben einer Reihe neuer (z. B. Datenbanken, Entstickung, Fraktale) bzw. aus Oberbegriffen ausgegliederten Stichwörtern (z. B. Dreiweg-Katalysator, Farbstofflaser) wurden andere z. T. beträchtlich erweitert (z. B. Dioxine, Entschwefelung, Eutrophierung, Feldspäte, Glas, Gruppentheorie). Unter „Gifte“ findet man einen gestrafften Text, sicherlich auch deshalb, weil die Stichwörter unter „Gefahr . . .“ eingehender behandelt werden. Die graphischen Darstellungen und Strukturformeln sind i. a. klar und übersichtlich, einige – vor allem die aus älteren Auflagen verkleinert übernommen – erfordern allerdings schärferes Hinsehen. Sehr benutzerfreundlich gelöst ist die Auflistung der verwendeten Abkürzungen auf den vorderen wie hinteren Deckelinnenseiten.

Reininger

## Die Nobelpreisträger der ökonomischen Wissenschaft

Hrsg. von Recktenwald. Verlag Wirtschaft und Finanzen, Düsseldorf 1989, 1054 S., DM 168,00

Das gediegen ausgestattete Werk ist ein Dokument ersten Ranges und gleichzeitig eine Fundgrube für den wirtschaftswissenschaftlich interessierten Laien als auch Fachmann. In einer Gesamtschau wird deutlich, womit sich die Wirtschaftswissenschaften beschäftigen und welche Personen sowie Stationen zum heutigen Stand geführt haben. Recktenwald gibt einleitend einen Überblick über die Wirtschaftswissenschaften, dann folgen Beiträge über den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften und seine Preisträger sowie ihre Beiträge zur Entwicklung der Disziplin. Im Mittelpunkt stehen die Selbstportraits der Laureaten und ihre Festvorträge. Sie wurden jeweils für ein breites Publikum konzipiert und sind daher auch dem interessierten Laien zugänglich. Ergänzt wird das Werk durch einen Beitrag von Recktenwald über die Klassik der Wirtschaftswissenschaften einschließlich zahlreicher Portraits und einer Zeittafel mit Genealogie. Dieser Beitrag erleichtert die Einordnung der Einzelbeiträge in Entwicklungsstränge. Insgesamt liegt damit ein Nachschlagewerk vor, das sich insbesondere für dogmengeschichtliche Seminare eignen dürfte, aber auch für breite Einführungsseminare!

Golas

## Volkswirtschaftslehre

Aufgaben und Lösungen

Von D. Dahl, Gabler, Wiesbaden 1990, 176 S., DM 29,80

Vom Verfasser der in mehreren Auflagen erschienenen „Volkswirtschaftslehre“ (DNH 5/84) wird nun ein Übungsbuch vorgelegt, das mit seinen Aufgaben 8 Teilgebiete, wie Haushalte, Unternehmungen, Preisbildung, Einkommensverteilung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Geld, Konjunktur, abdeckt. Mit teilweise verfänglichen Behauptungen, die nicht so einfach zu durchschauen sind, zapft er zu Beginn eines jeden Teilgebietes vorhandenes Wissen an. Dann folgen Aufgaben – auch fächerübergreifender Art –, deren Lösungen sofort nachgeschlagen werden können. So bequem dies für den Leser ist, könnte es doch die eigene Anstrengung mindern. Die Aufgaben sind instruktiv und gut ausgewählt, so daß man sich bei einer Neuauflage zum eigenen Nutzen noch mehr dieser Art wünschen würde. Ein Übungsbuch also, das man uneingeschränkt Studenten und Dozenten wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge an Fachhochschulen, aber auch jüngeren Semestern an Universitäten empfehlen kann.

Lacoste

## Investitionsrechnung

Von L. Kruschwitz, de Gruyter, Berlin 4. Aufl. 1990, 406 S., geb. DM 98,– brosch. DM 54,–

Die verschiedenen Auflagen, in denen jeweils die neueste Steuergesetzgebung ihren Niederschlag gefunden hat, zeigen, daß für dieses Buch eine echte Nachfrage besteht. Nach den Grundlagen der Investitionsrechnung werden im 2. bis 4. Teil Verfahren der Investitionsrechnung unter sicheren Erwartungen (Wahl-, Investitionsdauer- und Programmentscheidungen) vorgestellt, im 5. Teil unter Risiko. Damit der Leser die Möglichkeit hat, für sein Investitionsproblem die richtige Entscheidung zu treffen, hat der Autor eine bestimmte Vorgehensweise (Fragenkatalog) entwickelt, auf die auch die Beispiele abgestellt

sind. Jedem Kapitel werden Lernziele vorangestellt, am Ende finden sich Fragen und Problemstellungen, Aufgaben und vertiefende Literaturhinweise, ohne daß auf ein Gesamtliteraturverzeichnis verzichtet wurde. Für die Aufgaben wurden umfangreiche Musterlösungen erarbeitet, teilweise auch mit Computerprogrammen. Die sonst üblichen Auszüge aus finanzmathematischen Tabellenwerken finden sich nicht, weil dafür PCs zur Verfügung stehen. Das ansprechende, in klarer Sprache verfaßte Buch, kann Wirtschafts- und Ingenieurstudenten sowie Praktikern empfohlen werden. Sie ziehen alle daraus ihren Nutzen.

Lacoste

## Lexikon der Betriebswirtschaftslehre

Von W. Lück (Hrsg.), MI, Landsberg, 4. Aufl. 1990, 1347 S., DM 78,–

Das Lexikon der Betriebswirtschaft erfreut sich in der Zwischenzeit nicht nur bei Studenten wirtschaftswissenschaftlicher Studiengängen an Hochschulen, sondern auch in der Praxis großer Beliebtheit. In Beiträgen unterschiedlicher Länge wird der Leser schnell und äußerst informativ mit etwa 3000 zentralen Begriffen primär aus dem Bereich der Betriebswirtschaftslehre vertraut gemacht. Korrespondierende volkswirtschaftliche und juristische Begriffe sind im Lexikon ebenfalls vorhanden.

Das handliche Nachschlagewerk, das den Leser stichwortartig schnell informiert, sollte in keiner Bibliothek fehlen. Für die sicherlich bald erscheinende 5. Auflage des Lexikons sollte der Herausgeber auch einige in jüngster Zeit aus der amerikanischen Literatur und Praxis neu zu uns gekommene betriebswirtschaftliche Begriffe, wie etwa „Venture Capital“, „Human-Resource Management“, „Leveraged (Management-) Buyout“, „Mergers & Acquisition“ oder „Outplacement“ aufnehmen.

Korndörfer

---

# Softwarehinweis

---

## Numerik mit VISU

Von R. Schröder, Vieweg, Braunschweig 1990, 3 Disketten, 170 S., DM 198,–

Die Schwierigkeiten, Mathematik in Vorlesungen zu vermitteln, insbesondere wenn sie nur die Rolle einer Hilfswissenschaft spielt, sind bekannt. Das Problem liegt meist weniger an dem ja gar nicht so unbegreiflichen Sachverhalt, sondern in der gedanklichen Umsetzung der abstrakten Sprache und des Formelapparats in eine anschauliche und zutreffende Vorstellung des Stoffs. In der Vorlesung bleibt meist nur Zeit für ein paar Skizzen, die der Student, je nach Begabung, dann auf kompliziertere Situationen „extrapolieren“ kann. Es ist klar, daß in absehbarer Zukunft die manuellen Skizzen des Dozenten durch Computergaphik zu ersetzen sind, hoffentlich mit dem Erfolg, daß sich die Mathematik, jedenfalls die anwendbare, ihrer Unsichtbarkeit entledigt. Das vorliegende Buch ist ein Schritt in diese Richtung. Es enthält auf 3 Disketten (für IBM-kompatible Rechner mit Coprozessor und Festplatte) das interaktive Programm VISU, mit dem Verfahren, wie sie typischerweise in einem Numerik-Grundkurs behandelt werden, „sichtbar“ gemacht werden können. Von schwarzweiß bis farbig, auf dem Bildschirm geplottet, kann man sich vorgegebene, im Buch empfohlene oder eigene Beispiele zeichnen lassen. Die Themenkreise, im Buch beschrieben und mit Beispielen belegt, umfassen: Funktionsgraphen (2D, 3D), Interpolation (verschiedene Verfahren), Kurvenkonstruktionen mit Bezier-Polynomen, Ausgleichsrechnung (Gauß), Chaos bei Differenzgleichungen, Anfangswertaufgaben, Nullstellenprobleme und nichtlineare Gleichungssysteme. Nach kurzer Einarbeitungszeit kann ein Student mit diesen Programmen numerische Experimente durchführen und spielerisch Erfahrungen sammeln, die zum Verständnis nicht nur der numerischen Mathematik beitragen. Das Programm kann insbesondere zur Ausbildung von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren empfohlen werden. Eine wünschenswerte weite Verbreitung unter den Studenten dürfte allerdings an dem Preis scheitern. Es ist klar, daß die vorliegende 1. Version erweiterungs- und verbesserungswürdig ist (Bugs!). Hoffentlich sinkt mit weiteren Versionen der Preis.

Walden

# Informationen

## Sonderbeauftragte

Die Satzung des *hlb e. V.*, die auf der Präsidiumssitzung am 22./23. 03. 91 in Fulda geändert wurde, gibt dem Präsidenten die Möglichkeit, bis zu vier Mitglieder des *hlb* zur Erledigung bestimmter Sach- und Fachfragen als Sonderbeauftragte zu bestellen.

Der Präsident hat bisher folgende Sonderbeauftragte gewonnen:

- für Innovationen im Hochschulbereich  
Professor Dr. Heinz Becker, Rektor der FH Bochum
- für die neuen Bundesländer  
Professor Dr. Klaus Slapnicar, Vorsitzender des *hlb*-Landesverbandes Hessen, FH Frankfurt
- für den Berichtsband über das XIII. Kolloquium (1990)  
Professor Dr. Günter Sodan, Vorsitzender des *hlb*-Landesverbandes Berlin, TFH Berlin

## Hochschulzugang aufgrund beruflicher Bildung

Das Präsidium des *hlb* faßte auf Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen auf seiner Sitzung am 28./29. 6. 1991 in Mainz folgenden Beschluß:

Der *hlb* befürwortet grundsätzlich den Zugang qualifizierter Absolventen beruflicher Ausbildungen zu einem Hochschulstudium.

Die Feststellung der Studierfähigkeit gehört im Bildungswesen Deutschlands traditionell in den Sekundarbereich. Die Kultusministerien sollten deshalb möglichst einheitlich in speziellen Prüfungsordnungen die formalen Voraussetzungen für Absolventen der beruflichen Bildung zu den erforderlichen Zugangsprüfungen festlegen. Zugleich sind von den Kultusministerien in ihrem Zuständigkeitsbereich auch Prüfungskommissionen zu etablieren, die in den Zugangsprüfungen die Studienqualifikation feststellen. Mit der in der Zugangsprüfung erreichten Gesamtdurchschnittsnote kann sich der erfolgreiche Kandidat dann auch für Numerus-clausus-Fächer an den Hochschulen bewerben.

## Der Fragebogen

### NRW-Aktionsprogramm „Qualität der Lehre“

Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Runderlaß vom 7. Juni 1991 (I A 2-6030) den Fachhochschulen einen *Fragebogen für Studierende* zur Beurteilung der Qualität der Lehre zugeleitet. *Ab Wintersemester 1991/92 ist mindestens in je zwei Studiengängen, davon einer aus den Ingenieurwissenschaften, die studentische Veranstaltungskritik als regelmäßiges Instrument zur internen Optimierung der Lehre einzuführen. Innerhalb der Studiengänge erfaßt die Kritik alle Lehrveranstaltungen, die von Professoren abgehalten werden.*

*Das Gesamtergebnis der Veranstaltungskritik und die daraus gezogenen Konsequenzen werden in den noch einzuführenden „Lehrbericht“ des Fachbereichs eingehen müssen. In Verfolgung der im Aktionsprogramm vorgesehenen Anreize ist die*

*studentische Veranstaltungskritik ... aber auch ein Kriterium dafür, Professoren der Besoldungsgruppe C2 mit hervorragenden Leistungen in der Lehre nach Maßgabe des Grundsatzes der Bestenauslese an der eigenen Hochschule auf C3-Stellen zu berufen.*

*Die Gemeinsame Kommission für die Studienreform im Lande Nordrhein-Westfalen hat auf meine Anregung hin einen Fragebogen (Kasten) entworfen, der mit einem generalisierenden, kurzen Fragenkatalog für alle Arten von Lehrveranstaltungen tauglich sein könnte.*

(Auszüge aus dem Erlaß kursiv gesetzt)

Fragebogen für Studierende zur Beurteilung der Qualität der Lehre						
Name des/der Lehrenden: _____						
Semester: SS 19 . . WS 19 . . / . .						
Titel der Lehrveranstaltung: _____						
<input type="checkbox"/> Vorlesung <input type="checkbox"/> Seminar <input type="checkbox"/> Übung <input type="checkbox"/> Praktikum						
Studiengang/Abschlußart: _____						
<input type="checkbox"/> Pflicht- <input type="checkbox"/> Wahlpflicht- <input type="checkbox"/> Wahlveranstaltung						
Eigenes Fachsemester: _____						
Dieser Fragebogen soll dazu verhelfen, semesterweise eine studentische Beurteilung der Lehrveranstaltungen zu formulieren, die zu einer Verbesserung der Lehre beitragen kann. Die Hochschule regelt die Auswertung und weitere Verwendung der studentischen Beurteilung und insbesondere auch die Information der Studierenden; sie stellt die Ergebnisse im Rahmen eines Lehrberichts dar.						
Die Fragen sind so formuliert, daß eine Beantwortung anhand einer Skala, die von 1 bis 5 reicht, erfolgen kann. Ihre Beantwortung ist freiwillig.						
			sehr gut		nicht ausreichend	
1.	Wurde Ihnen klar gemacht, welche Bedeutung die Lehrveranstaltung für Ihr weiteres Studium und Ihre Prüfungen hat?	1	2	3	4	5
2.	Wie gut war der behandelte Stoff nach Umfang und Anforderung Ihrer Meinung nach zu verkraften?	1	2	3	4	5
3.	Hat die Veranstaltung Ihr Interesse und Ihr Problemverständnis für das Fach gefördert?	1	2	3	4	5
4.	Wie würden Sie die Durchführung der Lehrveranstaltung seitens des/der Lehrenden im Hinblick auf die nachstehenden Punkte bewerten?					
	– Persönliche Präsenz (Vertretung, Ausfall der Veranstaltung, Ausnutzung der Veranstaltungszeit)	1	2	3	4	5
	– Engagement	1	2	3	4	5
	– Strukturierung der Veranstaltung (z. B. Gliederung)	1	2	3	4	5
	– Verständlichkeit	1	2	3	4	5
	– Vortragsstil/Arbeitsstil	1	2	3	4	5
	– Veranschaulichung des Stoffes	1	2	3	4	5
	– Eingehen auf Fragen bzw. Anregungen in der Veranstaltung	1	2	3	4	5
	– Gesprächsbereitschaft auch außerhalb der Veranstaltung	1	2	3	4	5
5.	Anregungen, Bemerkungen:	_____				

## Hochschulentwicklung in

### Niedersachsen

Tagung der evangelischen Akademie Loccum vom 7. bis 9. Juni 1991

In einem die Tagung einleitenden Grundsatzreferat hat die Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Frau Helga Schuchardt, unter anderem die zunehmende Bedeutung und Attraktivität der Fachhochschulen betont. Da für fast alle Studiengänge an den Fachhochschulen Zulassungsbeschränkungen bestehen, würden Bewerber in die Universitäten abgedrängt. Deshalb habe die Niedersächsische Landesregierung ein Ausbauprogramm für 7 500 neue Studienplätze an Fachhochschulen beschlossen, dessen erste Stufe bereits in diesem Jahr beginnt.

Die bei der Eröffnungsveranstaltung anwesenden Landtagsabgeordneten pflichteten der Ministerin bei, wiesen aber zusätzlich auf die ungelösten Besoldungsprobleme der Fachhochschulprofessoren hin. Joachim Wiesensee (CDU) bezeichnete es als untragbar, daß 50 v. H. der Professoren an Fachhochschulen kaum mehr als Berufsschullehrer verdienen.

Professor Dr. Hans-Jürgen Engell, ehemals Vorsitzender der Niedersächsischen Hochschulstrukturkommission, faßte am folgenden Tag die Ergebnisse dieser Kommission zusammen. Auch er betonte die wachsende Bedeutung der Fachhochschulen. Die Diskussion dieser Ergebnisse wurde durch Stellungnahmen ergänzt, u. a. vom Vorsitzenden der Fachhochschulrektorenkonferenz Niedersachsen, Professor Dr. Erhard Mienenhausen. Aber erst der Vertreter des AStA der FH Nordostniedersachsen (in Suderburg) Köne setzte sich für eine Reduzierung des Lehrdeputats und eine höhere Besoldung der FH-Professoren ein.

Am Nachmittag wurden Einzelfragen der Hochschulentwicklung in Sektionen beraten. In dem Arbeitskreis „Personalstruktur an wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen“ – moderiert von Frau Dr. Karin Fischer-Bluhm, Universität Hamburg – kam es zu einer lebhaften und zum Teil emotionsgeladenen Diskussion zwischen Podium und den Zuhörern. Vom Podium aus konnte sich der Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, Dr. Christian Hodler, mit seiner Vorstellung, die bestehenden Hausberufungsmöglichkeiten an Fachhochschulen zugunsten der Berufung hochqualifizierter auswärtiger Bewerber einzuschränken, nicht durchsetzen. Professor Dr. Gerd Müller, der Landesvorsitzende des *hlb*, lehnte die Forderung, die nach C2 besoldeten Professoren sollten sich zusätzlich qualifizieren, um an einem Hausberufungsverfahren teilnehmen zu können, als weitere Diskriminierung ab; die nach C2 unterbesoldeten Professoren übten seit Gründung der Fachhochschulen die gleiche Tätigkeit aus wie die nach C3 besoldeten. Aus der Zuhörerschaft – in diesem Arbeitskreis überwiegend Fachhochschul-Professoren – wurde eine eigenständige Besoldungsstruktur für die Fachhochschulen vorgeschlagen, selbst wenn dadurch ein Bindeglied zu den Universitäten verlorengehe.

In der Abschlußveranstaltung am Sonntag zu dem Thema *Hochschulpolitik, Wissenschaftspolitik und regionale Entwicklungspolitik in Niedersachsen* forderte Professor Dr. Clemens Geißler (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturfor-schung, Hannover) den weiteren Ausbau der Fachhochschulen. Dies müsse ggf. auch kostenneutral, das heißt zu Lasten der Universitätsetats geschehen. Ein Diskussionsbeitrag aus dem Plenum wies auf das Mißverhältnis von Ausbildungsleistung und Etatansatz bei den Fachhochschulen hin. Für 36 v. H. aller Hochschulabsolventen verfügen die Fachhochschulen nur über 8 v. H. der Haushaltsmittel aller Hochschulen. Dieses Mißverhältnis gelte es abzubauen.

(Quelle: Pressemitteilung des *hlb* Landesverband Niedersachsen)

## Kolloquium 1991:

### Weiterentwicklung der Lehre

Das Präsidium des *hlb* hat sich mit Mehrheit für diesen Arbeitstitel des XIV. Kolloquiums des *hlb* – vom 19.–21. November 1991 in Bad Honnef – ausgesprochen. Interessierte sollten sich diesen Termin freihalten; die Kolleginnen und Kollegen tun gut daran, bereits jetzt einen Dienstreiseantrag oder einen Antrag auf Sonderurlaub mit Übernahme des Tagungsbeitrages (voraussichtlich DM 180,-) in hochschulüblicher Weise zu stellen. Schreiben Sie bitte an die Geschäftsstelle, wenn Sie eine Einladung sofort nach Fertigstellung des Tagungsprogramms erhalten wollen. Das Programm wird in Heft 5/91 veröffentlicht.

## Verband der Hochschullehrer in Bayern

### – vhb

Der vhb hat einen neuen Vorsitzenden: Es ist Professor Dr. Hans Zangl (FH München). Zangl stellt sich in diesem Heft mit dem Referat vor, das er anlässlich der Delegiertenversammlung am 10. Juni 1991 in Schweinfurt gehalten hat. Foto und Personalien folgen in Heft 5/91.

### *hlb* –

## Landesverband Schleswig-Holstein e. V.

Die Delegiertenversammlung wählte Professor Arndt Falk (FH Flensburg) am 14. Mai 1991 für weitere zwei Jahre zum 1. Vorsitzenden. Es kann also auf die Personalien verwiesen werden, die in Heft 4/87 auf Seite 17 zu lesen waren. Neuer 2. Vorsitzender ist Professor Dr.-Ing. Jürgen Jacobsen (ebenfalls FH Flensburg).

## Leserbriefe

### An Professor Dr. Groh – Promotionsrecht für Fachhochschulen – DNH 3/91

Da ich aus dem Abschnitt „Stellungnahmen aus dem FH-Bereich“ nicht entnehmen kann, wie sich die FH Darmstadt zur Frage des Promotionsrechts verhalten hat, möchte ich Ihnen auf diesem Wege mitteilen, daß m. E. die Mehrheit der jüngeren und der qualifizierteren Kollegen jeden Alters, die ich an unserer Fachhochschule kenne, mit dem Tenor Ihres Artikel völlig übereinstimmen. Mit Sonderdrucken sollte der *hlb* eine Mitglieder-Werbeaktion durchführen; ich glaube, die fiele auf fruchtbaren Boden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen für Ihren Einsatz für die Belange der Fachhochschule ganz persönlich zu danken.

(Professor Dr. Ernst Schönemann, FH Darmstadt)

### An den Herausgeber:

Mit Interesse las ich Ihren Beitrag „Haltet den Dieb“ in DNH 3/91. Angesichts der fast 20 promotionsberechtigten technisch orientierten Hochschulen im Gebiet der ehemaligen DDR, von denen trotz oder vielleicht auch wegen der noch-näheren Stellungnahmen der FRK kaum eine die Absicht hat, Fachhochschule zu werden (wer sollte auch ein 8- bis 10-Stunden-Deputat gegen ein 18stündiges tauschen wollen!), und weil auch offenbar niemand da ist, der sie dazu veranlassen könnte, bleibt doch den Fachhochschulen in Westdeutschland nichts anderes übrig, als langfristig ein eigenständiges Promotionsrecht zu verfolgen. Alles andere hieße doch, hinter den west- und ostdeutschen Universitäten sowie den ostdeutschen Ingenieurhochschulen zu Hochschulen 3. Klasse zu verkommen.

(Dekan Professor Arnulf Bühle, FH Coburg Abt. Münchenberg)

# Fach- bücher infor- mieren

## 1 Handbuch Kesselbetriebstechnik

von Dipl.-Ing. Fritz Mayr, TÜV Bayern,  
4., wesentlich verbesserte und erweiterte  
Auflage 1988, DIN A5, 706 Seiten mit zahl-  
reichen Abbildungen, DM 128,-  
ISBN 3-87806-033-5

## 2 Fragen und Antworten zur Kesselbetriebstechnik

von Dipl.-Ing. Fritz Mayr, TÜV Bayern,  
2., verbesserte und erweiterte Auflage 1989,  
DIN A5, 181 Seiten, DM 38,50  
ISBN 3-87806-088-2

## 3 Dampferzeugerpraxis

Grundlagen und Betrieb  
von Dipl.-Ing. Heinz Lehmann  
2. Auflage 1990, DIN A5, 592 Seiten,  
540 Bilder, 100 Tabellen, DM 178,-  
ISBN 3-87806-117-X

## 4 Handbuch Wärme

Beschreibungen, Definitionen, Richtlinien,  
Formeln, Tabellen, Diagramme und Abbil-  
dungen für alle Bereiche der Wärmetechnik  
von Professor Dr.-Ing. Heinrich Netz,  
überarbeitet von Dipl.-Ing. Fritz Mayr.  
3. Auflage 1991, DIN A5, 486 Seiten,  
178 Bilder, 224 Tafeln, DM 118,-  
ISBN 3-87806-001-7

## 5 Wärmeträgertechnik

mit organischen Medien  
von Dipl.-Ing. Walter Wagner  
4. Auflage 1986, DIN A5, 624 Seiten,  
195 Bilder und 50 Tabellen, DM 110,-  
ISBN 3-87806-009-2

## 6 Verbrennung und Gask Gewinnung bei Festbrennstoffen

von Prof. Dr.-Ing. H. Netz  
1982, DIN A5, 196 Seiten, DM 45,-  
ISBN 3-87806-057-2

## 7 Die KWK-Fibel

von Dr. Karl-Heinz Suttor und  
Dipl.-Ing. Wolfgang Suttor  
1988, DIN A5, 120 Seiten, DM 54,-  
ISBN 3-87806-116-1

## 8 KWK – Software

Eine ideale Ergänzung zum Buch  
„Die KWK-Fibel“ für IBM-kompatible PC  
DM 54,-

## 9 Wärmezähler von A bis Z

von Dipl.-Ing. Horst Lutz  
1987, DIN A5, 196 Seiten, DM 48,-  
ISBN 3-87806-100-5

## 10 Mehrfachnutzung industrieller Prozeßwärme

hrsg. von Dipl.-Ing. Hans-Hermann Ingwersen  
Autorengemeinschaft:  
Dr.-Ing. Paul, Dipl.-Ing. Ebersbach,  
Dr.-Ing. Jung, Dipl.-Ing. H.-H. Ingwersen u. a.  
Wärmerückgewinnung – Abwärmenutzung –  
Kraft-Wärme-Kopplung – Wärmepumpen –  
Brüdenverdichtung – ORC-Prozesse  
1986, 364 Seiten, DM 100,-  
ISBN 3-87806-089-0

## 11 Strategien und Prognosen in der Energiewirtschaft

von Dr.-Ing. Wolfgang Horrichs  
1987, DIN A5, 104 Seiten, DM 46,-  
ISBN 3-87806-102-1

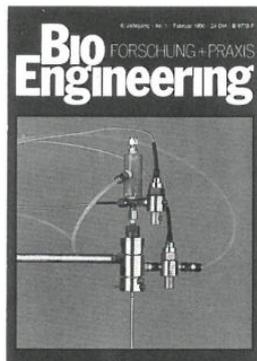
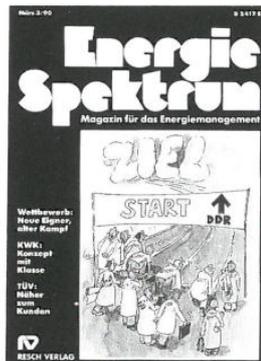
## 12 Energieversorgungskonzepte: Von der Planung zur Praxis

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung  
(DIW) und Prognos AG  
1987, DIN A5, 235 Seiten, DM 98,-  
ISBN 3-87806-106-4

## 13 Falsch geheizt ist halb gestorben

von Dipl.-Ing. Alfred Eisenschink  
6. Auflage 1990, DIN A5, 311 Seiten, DM 39,50  
ISBN 3-87806-043-2

## 14 Energietechnische Software



**Resch Zeitschriften  
aktuell und unabhängig**

**Resch Verlag**

Postfach 12 60  
D-8032 Gräfelfing  
Telefon 089/85807-17

Senden Sie uns bitte kostenlos

- Prospekte zu folgenden Energie-Büchern Nr. \_\_\_\_\_  
 Verlagsprogramm  
 Probehefte von \_\_\_\_\_

**Resch Verlag**

– Vertrieb –

Postfach 12 60

D-8032 Gräfelfing

Name \_\_\_\_\_ Firma \_\_\_\_\_

Straße / Postfach \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

# SOFTWARE

*Barchewitz +  
Herberholz*



VON **RESCH**

## IHR PC WIRD ZUM ENERGIE-MANAGEMENT-HELFER

Unsere praxiserprobte dialogorientierte Software:

- entlastet von Routinearbeiten;
- erleichtert und beschleunigt auch komplexe wärme- und strömungstechnische Berechnungen;
- erlaubt eine schnelle und präzise Auslegung und Optimierung;
- erweitert das Instrumentarium zur Planung und Wirtschaftlichkeitskontrolle von Energieanlagen.

Für PC/XT/AT mit MS- oder PC-DOS.

Mit Hot-Line-Service.



**RESCH VERLAG**

Postfach 12 60, 8032 Gräfelfing  
Telefon 0 89/8 58 07-0, Telex 5 29 364

## IM DIALOG MIT UNSERER STANDARD-SOFTWARE

Unser Angebot:

- speicherresidente direkte Umrechnung von Maßeinheiten (UNICON);
- thermodynamische und kalorische Wasserdampf-Daten mit Basisanwendungen (WADA);
- Nachrechnung, Korrektur, Kalibrierung und Auslegung von Drosselmeßstrecken (BLENDE);
- Ermittlung wärmetechnischer und wirtschaftlicher Betriebsdaten zum Brennstoff, Wasserdampf und Rauchgas eines Dampferzeugers (KESSBET).

**BARCHEWITZ + HERBERHOLZ GMBH**  
INGENIEURGESELLSCHAFT  
FÜR SOFTWARE UND CONSULTING

